

Stromkolonie Österreich

von Markus Wilhelm

Was Du hier, liebe Leserin, lieber Leser, über die Sache mit dem Strom liest, hast Du noch nirgendwo über die Sache mit dem Strom lesen können. Du wirst daher - jahrzehntelang den Presseaussendungen und Werbeeinschaltungen der Elektrizitätswirtschaft ausgesetzt - glauben, manches in dieser Geschichte nicht glauben zu können, und Du wirst da und dort versucht sein, anstatt der unerhörten Wahrheit die Deinem Ohr viel vertrauter klingende Lüge für wahr zu halten. Laß Dich nicht schrecken!

Nimm nicht gleich Reißaus vor der Wirklichkeit! Tatsachen sind etwas Hartnäckiges. Wir müssen von diesen ausgehen und nicht davon, was wir uns wünschen. Aber die Wahrheit hat's schwer: Sie gibt's nicht *nur ein bißchen*. Ihr geht keine PR-Agentur zur Hand. Die Lüge dagegen kann sich die Worte nach ihrer Schönheit aussuchen.

Demokratie würde bedeuten, daß die uns alle betreffenden Informationen uns allen zugänglich wären. Allgemein zugängliche Information würde bedeuten, daß dieses System der Herrschaft einer winzigen Minderheit über die große Masse der Mehrheit nicht zu halten wäre.

Die Wirklichkeit, in die uns die Stromherren und ihre Politiker hineingeritten haben, ist eine schreckliche. Schrecklicher wäre nur noch, sie nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Liebe Leserin, lieber Leser! Gib acht, daß Du beim Lesen von dieser Geschichte nicht ganz und gar aufgefressen wirst. Lies sie nicht wie eine Kriminalgeschichte. Bleib' draußen! Denk' das Dir von den Medien in den Kopf Gesetzte mit. Setze aus. Lies was Früherstehendes noch einmal. Lies die Wirtschaftsseite Deiner Tageszeitung dagegen.

Laß Dich nicht erdrücken von der Geschichte. Lies, wenn Dich etwas aus der Bahn gehaut hat, woanders weiter. Du kannst vorne anfangen zu lesen oder hinten oder irgendwo dazwischen. Der Täter versteckt sich nicht in einem unscheinbaren Nebensatz, sondern tritt Dir auf jeder Seite unverkennbar entgegen.

Es wird nicht die E- Wirtschaft und es soll nicht der Text sondern der Leser sein, der aus dieser Lektüre als Gewinner hervorgeht.

Wie wir da hingekommen sind, wo wir jetzt sind

Die Geschichte der heimischen Stromproduktion ist eine ununterbrochene Folge der Ausplünderung unserer Heimat. Die Geschichte der heimischen Stromproduktion ist eine der Politik der Ersten und Zweiten Republik zwingend entsprechende.

Von allem Anfang an wurde in Österreich die Erzeugung elektrischer Energie und deren sinnvoller Einsatz von den verschiedensten Interessensgruppen hintertrieben. Die mächtigen Kohlenbarone fürchteten eine Schmälerung ihrer Gewinne und ließen eine Studie anfertigen, worin etwa die Elektrifizierung der Eisenbahn als unwirtschaftlich dargestellt wurde. Nebenbei gesagt, ein Beispiel dafür, wie das Profitstreben nicht selten den technischen Fortschritt behindert. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Elektrifizierung der Bahn etwa in England schon als äußerst wirtschaftlich erwiesen. Gar nicht zufällig erhob auch der Völkerbund, der damals die

Finanzen Österreichs kontrollierte, Einspruch gegen die Absicht, die Bahnen in Österreich zu elektrifizieren. Mit den gegebenen Krediten sollte lieber im kreditgebenden Ausland gekauft werden.

Die Politik der österreichischen Großbanken Creditanstalt und Länderbank, die einen wesentlichen Beitrag zum späteren Fall Österreichs geleistet haben, behinderte - ganz im Sinne der ausländischen Anteilseigner - den selbständigen Ausbau der heimischen Wasserkräfte, wo es nur ging. So war die CA seit 1926 in der Gesellschaft für den Bau des Kraftwerks Ybbs-Persenbeug vertreten, um darin keinen Finger zu rühren, diesen zu verwirklichen. Mehr noch, 1936, als die CA schon nur noch zu 36 % im Besitz der Republik war, trat sie aus der Gesellschaft aus und überließ alle Rechte dem Projektverfasser, einem Schweizer Ingenieur, der sie im April 1938 für etwa 300.000 Reichsmark an die Rhein-Main-Donau AG verkaufte.

Wo Bayern seit 60 Jahren seine Kraftkammer stehn hat

Von 1924 bis 1927 wurde das erste Tiroler Großkraftwerk, das Achenseekraftwerk, erbaut. Es war von allem Anfang an nicht für die Unterstützung unserer Wirtschaft, sondern für die Energiebelieferung der bayrischen Industrie vorgesehen. Tirol befand sich aufgrund der in Innsbruck betriebenen Politik schon in großer Abhängigkeit von Bayern. Im Mai 1926, z.B., hatte das Land Tirol beim bayerischen Staat eine Anleihe in der Höhe von sechs Milliarden Mark aufgenommen. Als während des Kraftwerksbaues die Bayern (zum Schein) die zugesagte Abnahme des im Achenseewerk erzeugbaren Stroms widerriefen, pilgerte der damalige Landeshauptmann nach München und klagte, Tirol wäre, um die Vollendung dieses Kraftwerks zu ermöglichen, gezwungen, die Aktienmehrheit der TIWAG und den Energieüberschuß nach Italien zu verkaufen, wenn sich die bisher mit den nördlichen Nachbarn gemeinsam angestrebte Energiepolitik nicht verwirklichen lassen sollte. Andernfalls wäre man gezwungen, den halbfertigen Bau des Achensee-Kraftwerks einzustellen, da eine Verzinsung und Amortisierung des Anlagevermögens aus dem Stromabsatz nicht möglich erscheine.

Bayern, das damit die Tiroler so klein hatte, wie es sie braucht, forderte, daß der von der TIWAG gelieferte Strom auf keinen Fall teurer sein dürfe als der im Schwandorfer Kohlekraftwerk zu gewinnende. So mußte also schon der erste in Tirol erzeugte Exportstrom regelrecht verbettelt werden. 1928, im Jahr der ersten ganzjährigen Betriebsführung, wurden 64% der im Achenseekraftwerk erzeugten Leistung nach Bayern abtransportiert, 1930 stieg der Anteil sogar auf 82%.

Wie der Herr Landeshauptmann sich auch in Baden-Baden anbietern gegangen ist

In dieser Zeit wurde das Land Vorarlberg als Kraftkammer der Schwerindustrie an Rhein und Ruhr entdeckt und von den dortigen Energiegiganten als solche in Verwendung genommen. Selbstverständlich streckten sie ihre Arme auch nach Tälern und Bächen Tirols aus, und die seinerzeitige Landesregierung wäre ebenso selbstverständlich bereit gewesen, ihnen Lechtal, Ötztal und Kaunertal zu überlassen. So begaben sich etwa im Frühjahr 1927 der damalige Landeshauptmann von Tirol, der zuständige Landesrat und der Landesamtsdirektor nach Baden-Baden, um dort (!) mit den Bossen der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke AG über den Ausbau der tirolischen Wasserkräfte zu verhandeln. Die Innsbrucker »Volkszeitung« warnte

anlässlich der Gespräche davor, „*daß diese Handelsaktivpost unseres Landes um ein Linsengericht an das Ausland verschachert wird*“. Und auch 's »Bötl« wandte sich 1930 ganz klar gegen die Errichtung von Kraftwerken im Oberinntal und in Osttirol durchs Ausland und fürs Ausland: „*Den Rahm würden auch in diesem Falle wieder die großen Geldmächte abschöpfen. Man muß unwillkürlich fragen: Sollen denn die Naturschätze unserer armen Gebirgsländer dem Großkapital ein für allemal für Jahrzehnte ausgeliefert werden? Soll denn Tirol immer nur der gebende Teil sein?*“ (»Tiroler Volksbote«, 28. August 1930). Daß es schließlich doch nicht zur Realisierung der beiden Großkraftwerke gekommen ist, lag keinesfalls an unserer christlichsozialen Landesregierung.

Wodurch Tirol einen klangvollen Namen erhielt

Was in diesem System, in dem alles auf den Profit einiger Weniger ausgerichtet und auf die Ausplünderung der großen Masse der Bevölkerung aufgebaut ist, was in diesem System steckt, zeigt es, wenn es auf die Spitze getrieben wird - im Faschismus. Faschismus, wie wir ihn kennen, ist Kapitalismus auf Teufel komm raus. Die Ziele bleiben dieselben, die Methoden verschärfen sich. Und so sind 1938, sofort nach der Besetzung Österreichs durch die Truppen des NS-Regimes, auch alle Kraftwerkspläne, die z. T. seit Jahrzehnten in den Schubladen aller möglichen Finanzgruppen herumgekugelt sind, hervorgeholt und in das Projektstadium vorangetrieben worden. Die Nazis, genauer: die großen Konzerne jener Zeit, wollten zum Zwecke der Energiegewinnung für die deutsche Rüstungsindustrie z.B. das halbe Ötztal unter Wasser setzen und z.B. in Osttirol sieben Stauseen anlegen. (So wenig wie 1938 *etwas ganz anderes* gekommen ist, so wenig haben wir heute *etwas ganz anderes* als damals, was durch die wieder zunehmende Aktualität eines Ötztaler Großkraftwerks und die unausgesetzte Aktualität des Osttiroler Tauernkraftwerks ganz nebenbei belegt wird.)

Faschismus ist die extremste Stufe der Ausquetschung des Menschen und der Plünderung der Natur. In ihm kommt deutlicher hervor, was der Kapitalismus seinem Wesen nach ist. Vieles, was in unserem demokratisch etwas verbrämten Kapitalismus oft hinter einem Paravent aus Politikerworten verschwindet, tritt in jenem der faschistischen Ausformung offen zutage. Und so sind damals viele Dinge deutlich ausgesprochen worden, die heute genauso gültig sind. „*Den Tiroler Wasserkraften ist in der Stromversorgung Großdeutschlands eine ganz bedeutende Rolle zugewiesen*“, hieß es etwa in der offiziellen Gau-Zeitung »Innsbrucker Nachrichten« vom 8. Juli 1939. „*Das erste Jahr, in dem Tirols Wasserkraften sich in den groß-deutschen Raum einreihen, war ein Auftakt zu weiterem großzügigen Ausbau, dem die Arbeit der nächsten Jahre gelten wird. Der Name unseres Gaues hat schon heute in der Energiewirtschaft des Reiches den klangvollsten Namen.*“

Die deutschen Konzerne der NS-Zeit taten mit den Wasserkraften unseres Landes nichts anderes als die deutschen Konzerne vor der NS-Zeit und nichts anderes als die deutschen Konzerne nachher. Sie taten es nur anders. Das Innkraftwerk bei Kirchbichl wurde gebaut (1939-1941) - zum Zwecke der Energieversorgung der süddeutschen Industrie. Das Gerloskraftwerk wurde gebaut - zum Zwecke der Energieversorgung der süddeutschen Industrie. Kaprun und die Westtiroler Wasserkraftwerke wurden in Angriff genommen. Auf allen diesen Bauplätzen sind Schweiß und Blut von

Kriegshäftlingen geflossen. „So beschäftigten die Westtiroler Wasserkraftwerke (heute »Studiengesellschaft Westtirol«) ab Juni 1941 etwa 180 Italiener und Polen. 1943 belief sich die Belegschaft des Lagers auf 200 Kroaten, 400 Tschechen, 300 Polen, 200 Italiener, 500 Ukrainer und 200 französische Kriegs-gefangene. Insgesamt an die 600 (?) Fremdarbeiter und Kriegsgefangene (vor allem Polen) wurden für den Bau des Gerloskraftwerkes eingesetzt und im Lager Schwarzach untergebracht. Aus diesem Lager ist auch die Hinrichtung von vier Gefangenen bekannt geworden. Ebenfalls wissen wir von einer Hinrichtung zweier Polen in Kirchbichl. Diese Hinrichtung wurde von der SS fotografiert, jedoch nicht öffentlich durchgeführt.“ (A. Maislinger in »Widerstand und Verfolgung in Tirol«, 1984)

Wie die TIWAG sich schön ausbreiten konnte

Hunderte Tiroler sind in dieser Zeit umgebracht worden, Tausende Tiroler litten in Gestapogefängnissen und in KZs, und Abertausende Tiroler wurden auf weit entfernten Kriegsfeldern zu Tode gehetzt. Die TIWAG aber, ein echter Kriegsgewinnler, inzwischen mehrheitlich im Besitze des Deutschen Reiches, nahm zu an Größe und Macht.

Durch die Verlagerung kriegswichtiger Betriebe in Tiroler Orte war vielfach deren lokales Energieangebot überfordert und die TIWAG konnte Einzug halten in Orte, die bisher ausschließlich von den gemeindeeigenen Elektrizitätswerken versorgt worden waren. In Kematen z.B. geschah dies durch die Ansiedlung der Messerschmidt-Flugzeugwerke, in Kufstein zwangen die Wohnblöcke der Südtiroler Umsiedler die Stadtwerke zum Strombezug von der TIWAG. Die Heinkelwerke in Jenbach und Kundl, das Iporitwerk in Telfs, das Metallwerk in Imst und das Raspewerk in Kramsach sind nur einige weitere Beispiele dafür, wie im Sog des Eroberungskrieges des faschistischen Deutschland das Leitungsnetz der TIWAG sich Stück für Stück vergrößern konnte. Bei Kitzbühel war es die Bestimmung zur Sanitätsstadt, die es der TIWAG ermöglichte, Einzug zu halten, anderswo war die Baustelle für eine kriegswichtige Eisenbahn (Landeck-Faggen) der Anlaß, wieder anderswo ein Hitler-Jugend- oder Reichs-Arbeitsdienstlager. Je länger der Krieg geführt wurde, je grausamer er geführt wurde, desto mehr konnte sich die TIWAG ausbreiten, desto brutaler wurde an allen Ecken und Enden unseres Landes der Raubbau an den Wasserkraftschätzen vorangetrieben.

„Die nazistischen Machthaber“, schrieb die »Tiroler Neue Zeitung« am 15. Jänner 1946, „haben den Ausbau der österreichischen Wasserkräfte im Interesse des großdeutschen Imperialismus durchgeführt.“ Genau.

(Bild 1)

Am 22. September 1940 wurden in Kichbichl zwei beim Kraftwerksbau eingesetzte polnische Zwangsarbeiter, Jan Kosnik (35) und Stefan Widle (36) wegen verbotenen Umgangs mit „deutschen Frauen“ öffentlich gehängt. Die Exekution mußten polnische Arbeitskollegen durchführen.

Von den neuen Machthabern

Nun rächte sich die Politik der Ersten Republik beim Aufbau der Zweiten. Österreich hatte drei voneinander völlig getrennte Stromnetze, das Vorarlberger, das Tiroler und das innerösterreichische. Die faschistischen Wirtschaftsbesitzer hatten den Bau einer österreichischen Sammelschiene unterlassen, denn ihr Ziel war die Ausbeutung der österreichischen Wasserkraft für deutsche Zwecke. Jedes der drei voneinander unabhängigen Stromnetze Österreichs war durch eine leistungsfähige Leitung mit Deutschland verbunden, die Tiroler und Vorarlberger Werke dienten weiterhin der Speisung des deutschen Netzes.

Aber, noch einmal, der Anschluß der Tiroler Energieproduktion an das deutsche Netz und der Anschluß der Vorarlberger Energieproduktion an das deutsche Netz waren schon vor dem politischen Anschluß von 1938 vollzogen, von den sogenannten österreichischen Politikern. Die nationalsozialistische Wirtschaftsdiktatur hat die Ausplünderung der Wasserkraft in den österreichischen Alpen im Interesse der deutschen Industrie forciert, die nachfolgenden sogenannten österreichischen Politiker haben sie in eben diesem Interesse bis heute, nein, schon bis morgen fortgeführt.

Was taten die Alliierten? Sie warfen sich auf Deutschland als das beste Beutestück und ordneten die Wirtschaft des besetzten Österreich dem Aufbau eines wirtschaftlich starken Deutschland unter. Der amerikanischen Militärregierung in Deutschland kam die von den Nazis geschaffene Konstellation gerade recht. Die Unmöglichkeit, Strom von Vorarlberg nach Tirol oder von Tirol nach Ostösterreich transportieren zu können, wußten sie im Interesse der süd- und westdeutschen Industrie weidlich auszunutzen. So lieferten die Wasserkraftwerke im Westen Österreichs pausenlos Strom nach Norden, während die Wirtschaft im Osten Österreichs infolge Energiemangels kein Bein auf die Erde brachte. Dies, obwohl in Österreich „im Jahre 1946 um etwa 50 Prozent mehr an Kraftstrom erzeugt wurde als im Jahre 1937“ (»Arbeiter-Zeitung«, 8. Jänner 1947).

Wie wir Deutschland wiederaufgebaut haben

„Seit dem Zusammenbruch im Jahre 1945 floß der Vorarlberger und Tiroler Strom ohne Gegenleistung nach Deutschland, da keine Regelung bezüglich einer Bezahlung des österreichischen Stromexportes erreicht werden konnte, die alliierten Stellen in Deutschland aber auf Einhaltung der Stromlieferungsverträge bestanden. Dabei handelte es sich fast durchwegs um hochwertigen Spitzen- und Winterstrom.“
(Siegfried Huber, »Die Elektrizitätswerke Nordtirols und Vorarlbergs«, Diss., 1948)

Diese Fakten werfen ein deutliches Licht darauf, welche Rolle Österreich vom mächtigen Ausland, von den Mächtigen im Ausland, immer zugedacht war, ist und sein wird. Während draußen mit Hilfe der hier erzeugten Energie die Wirtschaft wieder flott gemacht wurde, froren Menschen in Österreich und kamen die Wiederaufbaumühnungen zum Erliegen. Vom 1. Oktober 1946 bis Ende Jänner 1947 hat Tirol über die eben in Betrieb genommene Gerlos-Verbindung 15 Millionen KWh nach Innerösterreich geliefert, 44 Millionen KWh aber nach Bayern.

„Schon im Dezember 1946 kam es zu Betriebsstillegungen in der Industrie. Mitte Jänner standen 2.280 Betriebe mit 95.000 Beschäftigten still; im Jänner 1947 mußte

der Zugverkehr empfindlich gedrosselt werden; im Februar mußte der einzige in Betrieb stehende Hochofen in Donawitz gelöscht werden, die Gussstahlwerke in Judenburg und die übrigen steirischen Betriebe der Edelstahlindustrie wurden stillgelegt. Um die Fachkräfte zu erhalten und den Lohnausfall zum Teil zu ersetzen, mußte das Sozialministerium 32 Millionen Schilling Ausfallvergütung aus der Arbeitslosenfürsorge zuwenden.“ (Jahrbuch der AK Wien 1947)

Den Bau einer innerösterreichischen Sammelschiene, um den Zwangsexport des im Westen Österreichs erzeugten Stroms beenden zu können, haben alle möglichen Stellen im Ausland und deren Helfershelfer in der österreichischen Bundesregierung mit aller Macht zu hintertreiben versucht. Solange die Arlbergleitung noch nicht bestand und Österreich kein zusammenhängendes Stromnetz hatte, wurde der Vorarlberger Strom nach Deutschland geliefert, ohne daß Österreich dafür eine Gegenleistung erhielt. Man muß sich das vorstellen: Ohne daß dieses ausgeblutete, ausgehungerte, vierfach besetzte Österreich eine Gegenleistung erhielt!

Erst die Herstellung der Verbindungsschiene über den Arlberg 1947 ermöglichte einen Vertrag mit der amerikanischen Militärregierung in Deutschland, in dem für den exportierten Strom Lieferungen von Strom bzw. Kohle aus Deutschland nach Oberösterreich zugesichert wurden.

Vom US-Protectorat Österreich

Im Jahre 1947 hat sich die immer gleiche Politik des Geldes, die Politik der Unterwerfung von Arbeitskräften, Bodenschätzen und Märkten, neu gewendet, und hat unter dem Mäntelchen der humanitären Hilfe für ein zerstörtes Europa eine neue Offensive der wirtschaftlichen Kolonisation gestartet. Der Vorstoß lief unter dem Titel Marshall-Plan. Unter anderem sollten die Wasserkräfte Österreichs, deren Potential schier unendlich schien und dessen Ausbaugrad noch minimal war, den wiedererstandenen deutschen Industriezentren gesichert werden. „*Im Rahmen des Marshall-Plans ist ein Ausbau der Elektrizitätswerke geplant, der die Produktion von 4830 Millionen Kilowattstunden im Jahre 1947 auf 8940 Millionen Kilowattstunden im Jahre 1951 erhöhen soll.*“ (»Tiroler Tageszeitung«, 24. September 1947) Dabei wurde von den amerikanischen Besatzern „*der Ausbau des Wasserschlosses in den österreichischen Alpen nach den aus der nationalsozialistischen Aera stammenden Plänen und der Ausbau eines europäischen Hochspannungsnetzes (...) in Erwägung gezogen*“ (N. Pira, »Die österreichische Elektrizitätswirtschaft im Rahmen einer europäischen Union«, Diss., 1952).

(Was die mit uns aufgeführt haben, das geht in unsere Köpfe, die mit der Propaganda von der *selbstlosen Hilfe der Amerikaner in der schweren Nachkriegszeit* vollgestopft sind, wohl nie hinein.)

Antiösterreichische Politik von Seiten amerikanischer Militärs ist zu verstehen, wie auch antiösterreichische Politik des großen deutschen Kapitals.
Aber antiösterreichische Politik österreichischer Politiker?

Die Wiener Tageszeitung »Der Abend« (vom 1. Oktober 1948) weiß zu berichten, der österreichische Energieminister Migsch habe „*in seiner letzten Pressekonferenz unterstrichen, daß ein bedeutender Stromexport, vor allem von Österreich nach*

Deutschland, vorgesehen ist. Wie aus dem Bauvorhaben des Ministeriums auch zu entnehmen ist, wird besonderer Wert auf den Ausbau jener Kraftwerke gelegt, die für diesen Zweck nutzbar gemacht werden können. Österreich wird also“, heißt es in diesem Artikel weiter, *„so in die westdeutsche Wirtschaft eingeschaltet, während seine Industriezentren, die im Osten des Landes liegen, weiterhin auf den Bau der unbedingt notwendigen Stromquellen warten müssen.“*

Das Mißverhältnis zwischen jenem Teil des in Österreich erzeugten Stroms, der auch in Österreich verwendet werden durfte und jenem, der exportiert werden mußte, war mit Händen zu greifen. Die Marshall-Pläne sahen wie die Pläne des Dritten Reiches die völlige Plünderung der Tiroler Wasserkräfte und den Abtransport der hier gewonnenen Leistung in die Industriezentren im Ausland vor.

„Zwischen Vertretern Österreichs und der britisch-amerikanischen Zone Deutschlands wurde bekanntlich vor kurzem in Tirol ein Abkommensentwurf fertiggestellt, der die Lieferung von zwei Dritteln der erhofften Stromerzeugung der beiden Werke [d.s. die Ötztal-Werke und das Lünnerseekraftwerk, Anm.] in die Bizone Deutschlands vorsieht. Das restliche Drittel soll dem innerösterreichischen Bedarf und zum Export nach Italien und der Schweiz zur Verfügung stehen.“ (»Tiroler Tageszeitung«, 17. Jänner 1949)

Und dann noch einmal zum Projekt der schon von den Nazis begonnenen Ötztal-Werke: *„Der Energiegewinn dieser Werke würde vor allem zur Versorgung der niederrheinischen, belgischen, holländischen, westdeutschen und auch französischen Industrie verwendet.“* (»Tiroler Tageszeitung«, 27. Juli 1949)

Wem die von dem US-General (!) Marshall erfundene Marshall-Hilfe in Wirklichkeit helfen sollte, ist ersichtlich. So forderten, um ein Beispiel zu erwähnen, die USA in diesem Vertragswerk von Österreich den Verzicht auf eine eigene Automobilproduktion und ließen die Mittel im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie den Walzwerkanlagen als den Zulieferbetrieben für die ausländische Autoindustrie zukommen. (Über die militärischen Absichten der unter »Europäisches Wiederaufbau-Programm« laufenden Politik der amerikanischen Regierung mit unserer Heimat haben wir in FOEHN 9 ausführlich berichtet.)

Wie es sogar für diese österreichfeindliche Politik genügend österreichische Helfershelfer gegeben hat

Freilich brauchten die ausländischen Wirtschaftsstrategen, die mit unserem Land umsprangen, als wäre es ihr eigenes, in Österreich ihre Zuarbeiter. Und die fanden sich zuhauf. In der TIWAG war schon 1947 wieder jener Ing. Robert Steiner technischer Direktor, der wenige Jahre vorher diese Tiroler Gesellschaft in die Hände des Dritten Reiches gebracht hatte. Die »Tiroler Tageszeitung« teilt am 18. Juli 1948 ihren Lesern mit, es sei inzwischen bekannt geworden, *„daß auf Grund der Akten der ehemalige Direktor der TIWAG, Ing. Robert Steiner, nachweisbar eine maßgebliche Rolle gespielt habe. Steiner habe sich eindeutig auf die Seite der Berliner Gesellschaft (VIAG) gestellt, die vom NS-Regime zum Zwecke gegründet wurde, die österreichischen Großkraftwerke in die Hand des Reiches zu bringen.“* Dieser Mann, der während des Krieges den Bau des Kraftwerks Kaprun, und das heißt, den Einsatz von Tausenden Kriegsgefangenen, die hier für die großdeutsche Kriegsindustrie zu

Tode gehetzt wurden, leitete, dieser Mann steht plötzlich wieder an der Spitze der TIWAG.

Hier setzt er sich dafür ein, daß die nicht mehr rechtsgültigen Verträge der TIWAG mit der Bayernwerk AG eingehalten werden, Verträge, die den Bayern weiterhin den günstigen Strombezug aus Tirol sichern. Und er macht sich stark für zusätzliche Kraftwerke deutscher Elektrizitätsversorgungs-Unternehmen in unserem Land. Robert Steiner ist natürlich nur einer von denen, die sich hier für ausländische Interessen ins Zeug legen. Mit diesem ihrem antiösterreichischen Engagement arbeiten sie direkt der französischen Besatzungsmacht zu, die gegen das 2. Verstaatlichungsgesetz (1947), das die Übernahme der Elektrizitätswirtschaft durch die öffentliche Hand zum Inhalt hat, Einspruch erhebt. Die Franzosen waren selber spitz auf die Energie aus den von ihnen kontrollierten Bundesländern Tirol und Vorarlberg. Dabei bedurfte es eines harten Kampfes mit den britischen und amerikanischen Militärregierungen in Deutschland, die ebenfalls für die Industrie der von ihnen besetzten Gebiete Strom aus Österreich beanspruchten.

Weshalb die Verstaatlichung der österreichischen Kraftwerke hinausgezögert werden mußte

Als im Zuge der Verstaatlichung auch die Vorarlberger Illwerke endlich aus dem Besitze der Rheinisch Westfälischen Elektrizitätswerke AG in den des Landes Vorarlberg übergehen sollten, erreichten die westdeutschen Energiekonzerne mit Hilfe der Alliierten einen langfristigen Vertrag, der ihnen den Bezug von Spitzenstrom in ungeheurem Ausmaß zu Preisen weit unter dem österreichischen Preis und jenem des Weltmarktes zusicherte. Die Spitzen der heimischen Wirtschaft und Politik, die in Wahrheit gegen die Interessen der hier lebenden Menschen, gegen deren grundlegende und dringende Bedürfnisse handelten, kamen den Alliierten, die an einem starken Deutschland bauten, zupaß. So meinte 1949 der für Energie zuständige Landesrat Gamper in fast wörtlicher Übereinstimmung mit der zehn Jahre vorher von den Nazis eingenommenen Position, es seien „*geographische Tatsachen, welche Tirol und seine Wasserkräfte zu einem Elektro-Produktionszentrum Europas machen*“ . „*Änderungen wie sie die Durchsetzung des zweiten Verstaatlichungsgesetzes bringen müßten, würden demnach nicht nur das innere energie-wirtschaftliche Versorgungsgleichgewicht Tirols, sie würden auch die Versorgung unseres Nachbarn, Bayern, gefährden.*“ (»Tiroler Tageszeitung«, 30. Dezember 1949)

Und so wurde dann auch der alte, für uns ungünstige Vertrag zwischen Achensee-Kraftwerk (TIWAG) und Bayernwerk in den Durchführungsbestimmungen (1953) zum 2. Verstaatlichungsgesetz (1947) bestätigt.

Von dem oben zitierten Landesrat, dem offenbar der bayerische Rock näher war als das österreichische Hemd, ist auch noch der folgende Ausspruch überliefert: „*Wir Tiroler lassen uns aber von Wien nicht diktieren, wir bauen unsere Energiewerke lieber mit ausländischem Kapital, dann haben wir die Möglichkeit eines Sondergewinnes.*“

Der »Österreichische Friedensrat« hat diese Geschäfte der heimischen Strommänner und ihrer ausländischen Hintermänner im Jahre 1952 so umrissen: „*Während die*

Projekte, die mit relativ wenig Aufwand die Stromversorgung des industriellen Zentrums von Wien sichern und dadurch eine ungeheure Einsparung an Devisen für den Kohlenimport mit sich bringen würden, vernachlässigt werden, werden große Pläne vorbereitet, um Österreich zur Energiezentrale der westlichen Aufrüstung zu machen. Hier wird nach Plänen gearbeitet, die bereits während des zweiten Weltkriegs vorbereitet wurden.“

Es braucht immer zwei, um ein Land auszuplündern - die, die es anschaffen, und die, die es tun. Die im Ausland, die die geplünderte Ware wollen, und ihre Komplizen im Inland, die am Plündern profitieren. Das ist so im halb kolonialen Österreich von heute und ist so in jedem bestohlenen Land der Dritten Welt. Erst wenn es einmal, wie in Nikaragua, keine Helfershelfer mehr vor Ort gibt, können die vorhandenen Grundlagen zum Wohle der dort Lebenden eingesetzt werden.

Ein letztes geschichtliches Beispiel dafür, auf wessen Kosten die auslandshörige Politik immer geht: Die Weltbank machte die Gewährung einer Anleihe für die Republik Österreich für das Jahr 1957 nach Prüfung des OEEC-Berichtes von einer Erhöhung der österreichischen Strompreise abhängig. Umgehend beschloß der österreichische Ministerrat die Verteuerung des Stromes für die Österreicher.

Heimisch an unseren Stauseen

Chronologie der ausländischen Beteiligungen an Tiroler Kraftwerken

Am Bau des **K r a f t w e r k s P r u t z / I m s t** (1953-1956) beteiligte sich die Bayernwerk AG (BAG), die bereits am Achenseewerk seit 1926 Bezugsrechte besitzt. Sie bekommt dafür Strom aus Tirol. *„In jüngster Zeit ist die Elektrizitätswirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Österreich und der Deutschen Bundesrepublik immer mehr ausgedehnt und vertieft worden. So hat zum Beispiel die Bayernwerk AG durch finanzielle Unterstützung der TIWAG in Form einer Strompreisvorauszahlung den Bau des Innkraftwerkes bei Imst mit 90 MW installierter Leistung ermöglicht und erhält dafür auf lange Sicht die gesamte Stromerzeugung im Sommer und einen Teil derselben im Winter.“* (R. Stauder, »Die Einordnung der österreichischen in die europäische Elektrizitätswirtschaft«, Diss., Innsbruck, 1958)

Für das **K a u n e r t a l k r a f t w e r k** (gebaut 1961-1966) wurde von der TIWAG mit der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke AG (RWE) und der Bayernwerk AG ein Stromlieferungs- und Finanzierungsvertrag abgeschlossen, der den beiden deutschen Gesellschaften *„ein Bezugsrecht von zwei Dritteln der verfügbaren Leistung und Jahresarbeit auf Vertragsdauer und darüber hinaus vom restlichen Drittel die den Bedarf der Tiroler Landesversorgung übersteigenden Leistungen und Arbeitsmengen zur Verfügung stellt. Die deutschen Partner sind dagegen verpflichtet, zwei Drittel des für den Ausbau der Kraftwerksanlage erforderlichen Baukapitals zu beschaffen.“* (»Neues Österreich«, 14. Oktober 1961) 1985 erhielten RWE und BAG von den im Kaunertal erzeugten 657,7 Millionen kWh genau 510 Millionen kWh, das sind 77 Prozent!

Die **T a u e r n k r a f t w e r k e** AG, der - anstatt den Zillertalern - die Kraftwerke im Zillertal gehören, hat gegen Mitfinanzierung die Energieversorgung Schwaben (EVS) an der Errichtung der Kraftwerke Zemm und Zillergründl (1965-1987) beteiligt, die

dafür bis ins Jahr 2002 die Hälfte des dort erzeugten Stroms erhält. Der Rechnungshof hat nachträglich festgestellt, daß der von der EVS geleistete Baukostenzuschuß von 4,8 Milliarden Schilling um 1,5 bis 2 Milliarden Schilling zu niedrig ausgefallen ist, d.h. von dem den Schwaben zufallenden Teil haben sie nur ca. 70 Prozent auch bezahlen müssen.

(Bild 2)

Verbund-Werbung 1984, Heimisch an unseren Stauesen: Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke, Bayernwerk, Energieversorgung Schwaben.

Den im Kraftwerk Sellrain-Silz (errichtet zwischen 1977 und 1981) erzeugten Strom sicherten sich zur Gänze die Energieversorgung Schwaben und die Bayernwerk AG, und zwar zur Hälfte als Bezugstrom und zur Hälfte als Tauschstrom. Von den 1985 in Sellrain-Silz produzierten 665,9 Millionen kWh sind 665,9 Millionen kWh nach Deutschland abtransportiert worden. Die TIWAG gibt in die Zeitung, wir erhielten für den abgegebenen Spitzenstrom im Tauschwege von BAG und EVS ein Mehrfaches an Bandstrom. Erstens gilt dies für jene Hälfte nicht, die den deutschen E-Gesellschaften vertraglich zusteht (Bezugsrechte), und zweitens gilt dies auch für die Hälfte vom exportierten »Tauschstrom« nicht, der an die EVS geht. „Kurz vor der Vertragsunterzeichnung 1977 stellte sich heraus, daß die EVS keinen Grundlaststrom zum Tausch zur Verfügung hat. Der Vertrag wurde daraufhin in einen fünfzehnjährigen Vertrag umgemodelt, wonach die EVS in den ersten acht Jahren den bezogenen Strom bezahlt und ab dem achten, spätestens jedoch ab dem zehnten Jahr eine Rückwandlung in einen Tauschvertrag erfolgen soll.“ (»Die Presse«, 9. Februar 1981) Und so kamen für die 1985 von Sellrain-Silz in die BRD gelieferten 665,9 Millionen kWh Spitzenstrom ganze 267,2 Millionen kWh Bandstrom nach Tirol herein. Fürwahr ein grandioses Geschäft. Aber nicht für Tirol.

Die Festbroschüre zur Inbetriebnahme des neuen Kraftwerks hieß diesen Tatsachen zum Trotz »TIWAG - Strom für Tirol - Kraftwerksgruppe Sellrain-Silz« und hatte die folgenden Leitsätze vorangestellt: „Die Tiroler Wasserkraftwerke Aktiengesellschaft (TIWAG) ist als Landesgesellschaft für Tirol gesetzlich verpflichtet, die Allgemeinversorgung Tirols mit elektrischer Energie sicherzustellen. Diesem Ziel entsprechend wurde die Kraftwerksgruppe Sellrain-Silz gebaut.“

„1922 hat sich Deutschland erstmals bei einer österreichischen Kraftwerksgruppe eingekauft. Seither liefert die Alpenrepublik Strom in die Bundesrepublik. Die Zahl solcher Beteiligungen nimmt immer noch zu. Spätestens in einem Jahr, wenn die Tiroler Zemm-Zillergruppe ihren Vollbetrieb aufnimmt“ ist mindestens ein Viertel der österreichischen Wasserkraftwerks-Kapazität fest in deutscher Hand.“ (»Süddeutsche Zeitung«, 31. Juli 1986) Von der Tiroler Wasserkraftwerks-Kapazität ist freilich wesentlich mehr in deutscher Hand.

Wo die Macht wohnt

Die TIWAG ist in allen diesen Beteiligungsgesellschaften der kleinste Partner, der Türschnallendrucker sozusagen für die deutschen Stromgiganten, die sich hier umtun. Die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke AG beispielsweise ist die absolute Nummer 1 unter den Energiekonzernen der Bundesrepublik. Sie allein versorgt 20 Prozent der Stromverbraucher und speist zu 39 Prozent das öffentliche Netz der BRD.

Damit gehört sie zu den zehn größten Unternehmen Deutschlands. Entsprechend ist auch der Umgang der RWE mit ihren österreichischen Partnern. Sie bestimmen Preise und Konditionen.

So wird den Vorarlberger Illwerken seit Jahren der den kalkulatorischen Kosten (!) entsprechende Preis für den an RWE und EVS gelieferten Strom verweigert. Die EVS (Energieversorgung Schwaben) ist übrigens der zweitgrößte Stromproduzent Deutschlands. Die regionalen Energie-Monopole sind außerdem aufs innigste untereinander verflochten, was Separatabkommen einer österreichischen Gesellschaft mit dem einen oder anderen Unternehmen aus der BRD unmöglich macht. Die Bayernwerk AG und die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätsgesellschaft AG, an buchstäblich allen TIWAG-Kraftwerken beteiligt, siehe oben, betreiben gemeinsam unter anderem die Kernkraftwerke in Grundremmingen und die Isar-Amperwerke. (Die AKW-Betreiber RWE, EVS und BAG haben auch die mit ihnen vertraglich verbundenen hiesigen Elektrizitätsgesellschaften bezüglich der Errichtung eines österreichischen Atomkraftwerks unter Druck gesetzt. Es ist für sie schlicht Geschäftsstörung, daß ein Volk vor ihrer Haustür ohne Atomenergie auskommen will.)

Die enge Verknüpfung der wirtschaftlichen Macht mit der politischen zeigt das Beispiel der Bayernwerk AG (BAG). Im Aufsichtsrat der BAG sitzen der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß sowie die Staatsminister für Finanzen, Streibl, und für Wirtschaft, Jaumann, der sinnigerweise übrigens als solcher auch die Oberaufsicht über den Aufsichtsrat hat. Diese Zusammensetzung der BAG-Führung verbessert auch nicht gerade die Verhandlungsposition der TIWAG, die ein den bayerischen Interessen in allen Fragen gefügiger Landeshauptmann anführt.

Vom Tauschen und vom Täuschen

Jeden Tag schicken sie uns eine Zeitung, in der unsere Exporterlöse bejubelt und unsere Tauschgeschäfte gefeiert werden. Von wegen Exporterlösen: An dem ins Ausland abgegebenen Strom macht der reine Export, der gegen Bezahlung erfolgt, österreichweit nur 14 Prozent aus. Von wegen großen Tauschgeschäften: An dem ins Ausland abgegebenen Strom macht der im Tauschwege exportierte österreichweit ganze 17 Prozent aus. Auf Tirol bezogen sind die Werte noch wesentlich geringer. Aber die Lieferungen aufgrund von Beteiligungen und Bezugsrechten machen österreichweit satte 63 Prozent des ins Ausland abgegebenen Stroms aus. Auf Tirol bezogen ist dieser Wert noch wesentlich höher. Das Tauschverhältnis von hochwertigem exportierten Spitzenstrom zu importierten Grundlaststrom ist nicht 1:4, wie man uns vorlügt, ja, nicht einmal 1:2. Unsere Exportstrom-Kraftwerke laufen pro Tag ca. vier bis fünf Stunden, jeweils ganz kurze Zeit zu den Verbrauchsspitzen am Morgen, zu Mittag und am Abend, und kommen somit auf eine Jahresbetriebszeit von ca. 1500 Stunden. Laufkraftwerke, kalorische Kraftwerke, Atomkraftwerke aber laufen 5.000 bis 6.000 Stunden pro Jahr. Die in Tirol erzeugten Jahres-Kilowatt-Stunden, könnte man sagen, sind daher etwa viermal so teuer. Wir aber bekommen für den aus Sellrain-Silz an die BAG gelieferten 166 Millionen kWh Spitzenstrom gerade 267,2 Millionen kWh Grundlaststrom. Dieser fließt vornehmlich in der Nacht, wo wir uns ganz gut selber versorgen könnten, nach Tirol herein.

Da pumpen wir dann auch mit BAG-Strom das Wasser wieder in den oberen Speicher hinauf, um es am nächsten Tag wieder für die BAG herunterzulassen. Die

Bayernwerk AG muß zur Ausnützung der Kapazität ihrer Atom- und kalorischen Kraftwerke Tag und Nacht durchfahren und hat daher in den Nachtstunden einen Überfluß an elektrischer Energie. Einen Teil dieses Überflusses nimmt nun das Tiroler Netz auf. So ist das. Dafür muß die TIWAG anteilmäßig Brennstoffkosten (Brennstäbe) und Entsorgungskosten (Atom Müll) übernehmen und wird solchermassen auch gleich an die Atomkraftwerkspolitik-Kandare genommen.

Speicherkraftwerke wie das Kaunertalkraftwerk, wie das Kraftwerk Sellrain-Silz, wie die Kraftwerke im Zillertal können binnen weniger Minuten mit voller Leistung fahren. Daraus erklärt sich das große Interesse der Energiekonzerne der BRD an diesen Stromfabriken. Deren schnell mobilisierbare Reserve sichert nämlich die auf höchster Stufe laufende Industrie in der BRD gegen eventuelle Zusammenbrüche ab. *„Da Strom eine hoch verderbliche Ware ist, die in dem Moment erzeugt werden muß, in dem sie verbraucht wird, muß der Ausfall eines 1300-Megawatt-Klotzes sekundenschnell abgefangen werden. Die sogenannte Sekundenreserve übernimmt das Hochspannungsnetz. Seine Kapazität wird durch einen Ausfall dieser Größenordnung aber fast vollständig aufgebraucht. Sofort muß daher die Minutenreserve angeworfen werden, damit das notwendige Sicherheitspolster wiederhergestellt wird.“* (N. Eckhardt, »Die Stromdiktatur«, Hamburg, 1985)

Tirol stellt also auch die Risikokapazität dafür, daß die bundesdeutschen Elektrizitätsgiganten RWE, EVS und BAG ihr Netz auf Vollast fahren können und die die österreichische Industrie zu Tode konkurrierende bundesdeutsche auf vollen Touren laufen kann.

Stromfluß / Geldfluß

Wenn nur Strom aus unseren unter Wasser gesetzten Tälern nach Deutschland fließen würde! Billigstrom, der die dortige Konkurrenz unserer eigenen Industrie begünstigt, wie, nebenbei gesagt, die uns so schadenden Transitrouten durch unser Land die ausländische Wirtschaft im Kampf gegen die österreichische unterstützen.

Mit der TIWAG hat die bundesdeutsche Wirtschaft einen breiten Fuß in der Tür der österreichischen Wirtschaft. Man kann versuchen es als Zufall abzutun, daß die offizielle TIWAG-Zeitung wie selbstverständlich in der BRD hergestellt wurde bis dies hierzulande schärfsten Protest hervorrief. Wer hier an einen Zufall glaubt, der soll auch gleich noch an den Zufall glauben, daß in dieser Zeitung z.B. in einem reich illustrierten Artikel über Herde ausschließlich ausländische Fabrikate gezeigt werden, obwohl solche nicht nur da und dort in Österreich, sondern auch mitten in Tirol hergestellt werden. Das sind alles andere als Ausrutscher.

Der Betriebsratsobmann der Tirolerwerke in Schwaz weiß, was los ist: *„Dies ist nur die logische Folge daraus, daß die Zeitschrift zur Gänze im Ausland hergestellt wird, also auch wesentliche Teile des Inhaltes nur nach ausländischen Interessen ausgerichtet sind.“* (»Tiroler Tageszeitung«, 20. Mai 1978)

Wir dürfen uns das deutsche Kapital nicht als einen Freund unserer österreichischen Wirtschaft vorstellen. Was an deutschem Geld hereinfließt, fließt herein, um um vieles vermehrt wieder hinauszufließen.

Von den jeweiligen Halbkolonien

Die gegenwärtige Phase in den am weitesten entwickelten kapitalistischen Staaten ist gekennzeichnet durch einen ungeheuren Kapitalüberfluß. Genaugenommen gibt es freilich z.B. in der Bundesrepublik Deutschland keinen Kapitalüberfluß, denn sie zählt Millionen von armen Menschen und Millionen von Arbeitslosen.

Aber dieses Wirtschaftssystem wäre nicht dieses Wirtschaftssystem, wenn die profitable Verwertung des angehäuften Kapitals nicht vorne anstünde. Und für rentable Betätigung des deutschen Kapitals reicht in Deutschland der Platz bei weitem nicht. Der Einsatz der Mittel zur Hebung des Lebensniveaus der breiten Masse würde eine Verminderung der Rendite bedeuten, dagegen bedeutet der Export des Kapitals und sein Einsatz im weniger entwickelten Ausland eine Steigerung. Daher rinnt unentwegt Geld von Deutschland auch nach Österreich. In die Halbkolonie. Kapitalexport ist Parasitismus zum Quadrat.

Die großen österreichischen Banken und Geldinstitute verfügen dabei selber über Unsummen von Kapital, das nach Verwertung strebt. Jedoch auch in Österreich ist der Spielraum für rentable Betätigung beschränkt. Im Kampf um die Investitionen in Österreich verliert das österreichische Kapital den Kampf gegen das deutsche Kapital mit Regelmäßigkeit. Die Banken im Rücken der großen deutschen Elektrizitäts-Gesellschaften machen bei uns in deren Sog die Finanzierungsgeschäfte und drängen Creditanstalt und Länderbank ihrerseits ins Ausland. Für die CA z.B. sind Ungarn oder die Türkei das, was für die Deutsche Bank Österreich ist. Während in den Betrieben der CA laufend Existenzen vernichtet werden, einmal 1000, dann 400, dann 800, steckt die Bank Geld in die profitträchtige Finanzierung eines Kraftwerks in Ungarn und in die einer Bahnlinie in Algerien.

Wer die Oberherrschaft hat

Hinter jenen deutschen Elektrizitätsversorgungsunternehmen, die an den österreichischen Kraftwerksbauten beteiligt sind, stehen die größten deutschen Kreditinstitute. Und sie haben mindestens genausoviel Interesse an den Großbauten in Österreich wie die Stromfirmen selber. Die österreichischen Banken durften die Exportkraftwerke Kaunertal, Zillertal und Sellrain-Silz gar nicht finanzieren. Die ausländischen »Partner« der TIWAG und der Tauernkraftwerke AG bestanden auf Kredite an die Österreicher durch *ihre* Banken.

Die Verflechtungen zwischen den deutschen Elektrizitätsgesellschaften und den deutschen Bankinstituten sind außerordentlich stark. So sitzen, um ein Beispiel zu nennen, im Aufsichtsrat der Rheinisch-Westfälischen-Elektrizitätswerk AG, dem größten Stromkonzern der Bundesrepublik, u.a. Vertreter der Deutschen Bank, der Dresdner Bank und der Bank für Gemeinwirtschaft. Im Wirtschaftsbeirat der RWE sitzen u.a. Vertreter der Commerzbank und der Westdeutschen Landesbank sowie der Bankier Alfred Freiherr von Oppenheim. Der größte Einzelaktionär der RWE ist die Bankiersfamilie Werhahn. Banken und Versicherungen sind unmittelbar im Besitze von mehr als 20 Prozent der RWE-Aktien. Ehrenvorsitzender des RWE-Aufsichtsrates ist der berühmte langjährige Chef der Deutschen Bank, Hermann Josef Abs. Den Vorsitz im Aufsichtsrat hat der heutige Chef der Deutschen Bank, F. W. Christians.

Bei den Bayernwerken, um von einem anderen TIWAG-„Partner“ zu reden, sitzen u.a. Vertreter der Bayerischen Vereinsbank AG und der Bayerischen Landesbank im Aufsichtsrat, andere Mitglieder des Aufsichtsrates der BAG sind gleichzeitig Aufsichtsratsmitglieder der Bayerischen Landesbank, der Bayerischen Vereinsbank oder der Dresdner Bank. Der Vorsitzende der Bayernwerke und sein Stellvertreter sind in den Aufsichtsräten oder Beiräten der Bayerischen Landesbank, der Bayerischen Versicherungsbank, der Dresdner Bank und der Süddeutschen Bodencreditbank vertreten.

Davon, wie die TIWAG nebenbei auch ein bißchen für Österreich da ist

Dieser Stand der Dinge eröffnet den ausländischen Kreditinstituten über die TIWAG ein Geschäft mit Tirol, das jenes aus dem Bezug von Billigstrom durch die EVUs noch übertrifft: Im Jahre 1983 hatte die TIWAG Kreditschulden in der Höhe von 7,5 Milliarden Schilling, davon mehr als 90 Prozent im Ausland! *„Die langfristigen Verbindlichkeiten in DM-Währung betragen fast vier Milliarden Schilling, die drei Anleihen in Schweizer Franken knapp 2,5 Milliarden Schilling. Selbst wenn man annimmt, daß es sich bei den Frankenanleihen um etwas niedrigere Zinsen handelt, flattern den Ausländern gut 400 Millionen Schilling aus der erfolgreichen Arbeit der TIWAG jährlich auf den Tisch.“* (»Tirol-Kurier«, 11. Jänner 1985)

W e r e s f a s s e n k a n n , d e r f a s s e e s !

Die offizielle TIWAG-Bilanz für das Geschäftsjahr 1985 weist Aufwandszinsen in der Höhe von 463,1 Millionen Schilling aus, wovon wiederum der größte Teil an die Kredithaie im Ausland abgeht, und gibt die an den österreichischen Staat abzuführenden »Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen« mit 52,43 Millionen Schilling an. (»Bank und Börse«, Nr. 1712/86)

Mehr als 400 Millionen Schilling fließen von der TIWAG Jahr für Jahr aus Österreich hinaus und ganze 52 Millionen Schilling gehen - als milde Gabe, als Dankeschön, als Schweigegeld, als was auch immer - an die Republik, die das zuläßt, nein, gutheißt.

Wer diese fetten Bankengewinne zahlt? Du, ich, wir alle – über den TIWAG-Strompreis. Dafür, daß unsere Landschaft aufgezehrt wird, zahlen wir Tiroler Jahr für Jahr hunderte Millionen Schillinge an das von hier Strom beziehende Ausland. Wie gesagt, mit der TIWAG hat die bundes-deutsche Wirtschaft einen breiten Fuß in der Tür zu Österreich.

Wer sich da noch im Gefolge der Banken umtut

Die großen Banken der BRD haben nicht nur in den Entscheidungsgremien der Elektrizitätsgesellschaften Sitze und Stimmen, sondern auch in denen der großen nationalen und multinationalen Industrie. Es braucht daher niemanden zu wundern, daß ausländische Industriekonzerne als Lieferanten für Kraftwerksbauten in Österreich gegenüber den inländischen Erzeugern bevorzugt werden. »Die Presse« übte am 10. Juli 1965 unter dem Titel »Umstrittene Turbinenaufträge« *„Kritik an den Auslandsaufträgen der Elektrizitätsunternehmen“*: *„Im 1. Halbjahr 1965 sind von den Elektrizitätsversorgungsunternehmen Österreichs Aufträge im Gegenwert von etwa 130 Mill. Schilling in das Ausland vergeben worden. Von diesem Betrag werden lediglich rund 35 Mill. S der österreichischen Industrie in Form von Zulieferungen zugute kommen. In allen diesen Fällen lagen mindestens gleichwertige, teilweise*

sogar nachgewiesenermaßen qualitativ günstigere Angebote österreichischer Firmen vor.“

Den 130 Millionen von damals entsprechen heute Milliarden und Abermilliarden, die der österreichischen Industrie vorenthalten und ihrer ausländischen Konkurrenz zugeschanzt werden. So wurde der Auftrag für die milliardenteure Gleichstrom-Kupplung von Dürnrohr in Niederösterreich ganz selbstverständlich einem von AEG und BBC angeführten Konsortium erteilt. Das von den Banken vorgestreckte Geld fließt also zu einem guten Teil sofort an die mit ihnen verbundenen Konzerne zurück.

Die ausländischen Elektrizitätsversorgungsunternehmen bekommen Strom zum Selbstkostenpreis aus Tirol, die ausländischen Banken bekommen Unsummen von Kapitalzinsen aus Tirol und die riesigen europäischen Industriekonzerne bekommen fette Lieferaufträge aus Tirol. Und die Tiroler bekommen von jedem x-beliebigen Landeshauptmann zu hören, daß uns der Ausbau der Wasserkraft immer unabhängiger vom Ausland macht.

Wenn das stimmt, was der Partl sagt, dann lügt die Wirklichkeit.

Vom europäischen Stromberg

Auf dem europäischen Strommarkt herrscht heute ein riesiges Überangebot an der Ware Strom. Neben dem imposanten Schweineberg und dem berühmten Butterberg hat sich ein nicht minder stattlicher Stromberg aufgetürmt. Allein Frankreich produziert heute schon jährlich 30 Milliarden kWh über den Landesbedarf hinaus und will schon in drei Jahren weitere 20 Milliarden zusätzlich auf den internationalen Strommarkt werfen. Dazu kommt von Jahr zu Jahr mehr elektrische Energie aus Osteuropa, und *„auch die Deutschen sind - wie ihre westlichen Nachbarn - mit Überkapazitäten reich gesegnet“* (»Die Zeit«, vom 21. August 1987). *„Schon heute“*, schreibt der Energieexperte Nikolaus Eckhardt über die Situation in der BRD, *„sitzen die Stromkonzerne auf einer ›Halde‹ von Grundlaststrom, der angesichts stagnierender Verbrauchsziffern schwer an den Kunden zu bringen ist.“* Der Pressesprecher der österreichischen Verbundgesellschaft ergänzt: *„In Westeuropa ist Spitzenstrom in Hülle und Fülle vorhanden.“* (»Trend«, Oktober 1987)

Wo die Krisen herkommen

Strom war einmal knapp. Es ist aber charakteristisch für dieses System, daß Mangelware zur Überschußware wird. In einer Gesellschaft, in der das Geld in ganz wenigen Händen zusammenfließt, wird es in aller Regel dort investiert, wo es sich am schnellsten am meisten vermehrt. Dies führt unweigerlich zur Überproduktion. Die Krise ist daher nicht eine Panne, sondern ein Wesensmerkmal dieser Wirtschaftsform. Durch das Überangebot werden die Märkte verstopft. Die Versorgungskrise wird zur Absatzkrise!

Die europäische Stromindustrie sitzt also heute auf einem riesigen Berg von Strom. Und er wird täglich größer. Trotz dem, daß Atommeiler etwa in der BRD zeitweise abgeschaltet werden, trotz dem, daß etwa in Österreich Flußwasser ungenutzt über die eingebauten Wehre rinnt.

Strom ist zum Schleuderpreis zu haben. Frankreich unterbietet mit 30 Groschen je Kilowattstunde den Preis für den Strom aus der UdSSR. Österreich liefert in die DDR

die Kilowattstunde schon um 21 Groschen. Frankreich verkauft Atomstrom nun auch um die reinen Brennstoffkosten von 14 Groschen. Österreich aber verramscht Sommerstrom auch um 8 bis 10 Groschen pro Kilowattstunde. Das herrschende Überangebot ist nur noch mit Dumping-Preisen, die weit unter den Gestehungskosten liegen, an die regionalen Elektrizitätsversorgungsunternehmen zu bringen. Die Preisunterbietung auf den Auslandsmärkten ist dabei die Waffe, um die Macht der ausländischen Konkurrenz zu brechen. Der Stromproduzent, der sich das am längsten leisten kann, wird auf dem Strommarkt überleben.

Die einzelnen Kraftwerke werden, auch wenn es deren viel zu viele gibt, deswegen nicht sicherer. Im Gegenteil. In diesem Mengenkrieg wird im Interesse billigsten Produzierens auf Sicherheit noch weniger Wert gelegt. Die Zwangsgesetze der freien Konkurrenz machen den Kapitalismus unvermeidlich menschenfeindlich.

Billigstrom für wen?

Strom ist zu einem Spottpreis zu haben. Vom Osten und vom Westen. Und von Österreich. Aber nicht für uns. Während die europäischen Industriekonzerne als Großabnehmer von der auch von Österreich mitverursachten Stromschwemme profitieren, wie sie, nebenbei gesagt, auch vom Überangebot an Arbeitskräften profitieren, ist für die der Republik Österreich gehörenden Industriebetriebe kein Billigstrom da.

Das österreichische Staatswesen ist kein Gemeinwesen. Ja, nicht einmal die sogenannte Gemeinwirtschaft ist eine Gemeinwirtschaft. Während die dem Staat, d.h. uns allen gehörende Verbundgesellschaft auf einem fetten Milliardenpolster sitzt, von dem sie nicht mehr weiß, wo sie ihn investieren soll, muß die dem Staat, d.h. uns allen gehörende Aluminiumhütte in Ranshofen die Öfen ausmachen. Die beiden Innkraftwerke, die das Werk Ranshofen 1945 besessen hatte, wurden ihm weggenommen (während die Privatindustrie Hunderte eigene E-Werke behalten durfte) und im Zuge der Verstaatlichung der Verbundgesellschaft zugeschlagen. Aber ebendiese Verbundgesellschaft, die massenhaft Strom um 10 und 20 Groschen/kWh ins Ausland abgibt, ist heute nicht bereit, dem Gewinne machenden Werk Ranshofen Strom zum Preis von 35 Groschen/kWh zu liefern. „*Da lege er das Geld lieber in festverzinslichen Wertpapieren an*“, zitiert »Die Presse« den Generaldirektor Fremuth von der Verbundgesellschaft.

Wie auch scheinbar Fortschrittliche ganz schön reaktionär sein können

Das Beispiel der Elektrolyse in Ranshofen, die nicht nur im Interesse tausender Hüttenarbeiter, sondern auch in dem einer breiten Folgeindustrie einen Strompreis forderte, „*der ohnedies fast doppelt so hoch wie der der westeuropäischen Konkurrenz liegt*“ (»Handelsblatt«, 16. September 1986), hat vielen Menschen gezeigt, daß in Österreich eine Wirtschaftspolitik betrieben wird, die nicht das Wohl der Republik im Sinn hat. Die Allianz, die sich da im Kampf gegen die österreichischen Interessen gebildet hat, indem sie gegen den Neubau der Elektrolyse zu Felde zog, reicht von Haider („*Debakel*“) und Staberl („*Affentheater*“) über Kreise der ÖVP („*Unsinn*“, „*Fehlinvestition*“) bis zu Pilz („*verrückt*“) und den Grünen („*Neue Elektrolyse? Nein Danke!*“). Die Ausverkäufer österreichischer Betriebe im Inland und die Auskäufer österreichischer Betriebe im Ausland können

sich ob solch williger Propagandisten, die, wenn auch zum Teil aus recht vordergründigen Motiven, letztlich die Untergrabung der wirtschaftlichen Eigenständigkeit betreiben, nur genüßlich die Hände reiben.

Die Staatsbetriebe sind in diesem Staat für sich stehende Großbetriebe, die nicht für einander und nicht für uns da sind. Entweder sie wollen nicht im Interesse der Österreicherinnen und Österreicher handeln (CA, Verbund etc.) oder sie dürfen nicht im Interesse der Österreicherinnen und Österreicher handeln (AMAG, VÖEST etc.). Die CA würde zum Nutzen des Landes handeln, wenn sie ihre Betriebe nicht ans Ausland verscherbelte (z.B. Semperit) bzw. zusperrte (z.B. Puch-Zweirad). Die Verbundgesellschaft würde zum Nutzen des Landes handeln, wenn sie der heimischen Aluminiumindustrie zumindest so verpflichtet wäre wie der deutschen. Aus dem Zillertal fließt nämlich Strom zu Tiefstpreisen an die Vereinigten Aluminiumwerke im bayrischen Töging.

Nicht ohne Grund hat das Handelsministerium 1984 nachdrücklich darauf hingewiesen, „*daß Exporte nicht unter dem inländischen Verbundtarif für die gleichwertige Kilowattstunde erfolgen dürfen*“. (»Die Presse«, 18. Juli 1984) Und nicht ohne Grund mußte das Handelsministerium 1986 die österreichischen Elektrizitätsgesellschaften wieder ersuchen: „*Stromexporte dürfen nicht unter Inlandspreisen erfolgen.*“ (»Die Presse«, 27. März 1986) Nicht ohne Grund, aber ohne Folgen.

Und was tut Österreich?

Die Kältewelle im Jänner 1985 erreichte in Deutschland am 8. Jänner ihren Höhepunkt. Der an diesem Tag um 11 Uhr 30 gemessenen Höchstlast von 59.000 Megawatt (MW) stand eine verfügbare Leistung von 81.000 MW gegenüber, was einer Auslastung von gerade 68 Prozent entspricht. Zu jeder anderen Stunde des Jahres war die Auslastung geringer.

In Österreich war der 21. Jänner 1987 der kälteste Tag seit langem. Laut Prof. Jansen von der TU Wien stand an diesem Tag einem Höchstverbrauch von 6.000 Megawatt elektrischer Energie eine verfügbare Kapazität von 9.000 MW gegenüber. Die Überdeckung des tatsächlichen Bedarfs zu dieser kältesten Stunde betrug also 50 Prozent. Zu jeder anderen Stunde des Jahres war die Überdeckung größer.

Produziert wird nicht, um Bedürfnisse zu befriedigen, sondern um Gewinne zu machen

Wie reagieren die österreichischen Elektrizitätsgesellschaften auf dieses Überangebot an elektrischer Energie auf dem heimischen wie auf dem internationalen Strommarkt? Sie reagieren auf die Überschwemmung der Märkte so, wie sie darauf nur reagieren können. Mit noch höherer Produktion. Sie tun das nicht aus besonderer Bosheit, sondern weil die Entwicklung sie zwingt, diesen Weg zu beschreiten, um Profite zu erzielen. Angesichts der Schleuderpreise für Strom, die heute international nur noch zu erzielen sind, muß die Stromindustrie eben ständig *mehr* Strom verschleudern, um die Gewinne zu halten. Das ist das eine. Die österreichischen E-Gesellschaften werden aber auch von den ausländischen (die ebenfalls durch Umsatzsteigerungen die Gewinnsumme zu halten versuchen) und den deutschen Großbanken mit den von ihnen patronierten Industrien zu Ausbauten und Neubauten von Kraftwerken

gedrängt. So hat der Vertreter der Energieversorgung Schwaben anlässlich der Eröffnung des Kraftwerks Zillergründl erklärt, „falls es weitere Projekte in Österreich gebe, hätte auch dort die Energieversorgung Schwaben an der Mitfinanzierung ein großes Interesse“ (»Tiroler Tageszeitung«, 26.9.1987). Die bundesdeutschen Elektrizitätsversorgungsunternehmen können den aus dem Zillertal bezogenen Strom international billiger anbieten als die Österreicher den im Zillertal erzeugten Strom international anbieten können.

Ein Beispiel noch dafür, welches Interesse die Banken an neuen Kraftwerksbauten haben müssen: Das Speicherkraftwerk Dorfertal würde nach heutigen Berechnungen 16,5 Milliarden Schilling kosten. Der Kreditgeber im Ausland, der diese Anleihe auflegt, erhält bei einem anzunehmenden Zins von 7 Prozent im Lauf von 40 Jahren zu den geborgten 16,5 Milliarden zusätzliche 19,8 Milliarden an Zinsgebühren zurück (»Trend«, September 1986).

Also will die TIWAG bauen. Weil wir angeblich Grundlast so notwendig brauchen, Laufkraftwerke. TIWAG-Aufsichtsratspräsident Partl: „Laufkraftwerke erzeugen vorwiegend Sommerstrom, der nicht gebraucht wird.“ (»Tirols Wirtschaft«, 3. Oktober 1987) Und weil wir zuwenig Spitzenkraft haben, Speicherkraftwerke. Verbundchef Fremuth: „Überkapazitäten gibt es bei sofort verfügbarer Spitzenkraft. Die hat Österreich tatsächlich im Überschuß!“ (»Kurier«, 19. Dezember 1984) Und: „Aus heutiger Sicht wird es in den nächsten 20 Jahren auch dann keine ernsthaften Schwierigkeiten im Spitzenlastbereich geben, wenn die E-Wirtschaft geplante Kraftwerke nicht bauen kann.“

Von den Argumenten, mit denen man uns breitschlagen möchte

Nicht der Bedarf an Strom, sondern gerade das Überangebot zwingt die Stromindustrie zur Mehrproduktion. Das kann man natürlich den Menschen nicht sagen, damit wäre ja das Dilemma unserer gelobten freien Marktwirtschaft verraten. Die Bevölkerung, auf deren Kosten diese Politik in jeder Hinsicht geht, wird, um diese Politik durchzusetzen, angelogen von oben bis unten. Vom Landeshauptmann bis zum Bezirksblatt. Da heißt es, wir müßten die Auslandsabhängigkeit auf dem Energiesektor abbauen, wo sich Tirol doch gerade durch den Ausbau der Wasserkraft in schier unüberbietbare Auslandsabhängigkeit begeben hat. Da heißt es, wir müßten Spitzenkraft erzeugen, um günstig gegen Grundlast tauschen zu können, wo doch das Tauschverhältnis schon beinahe 1:1 ist. Die TIWAG müsse Fremdstrom zukaufen, sagt jeder Landeshauptmann; daß wir ihn von der Verbundgesellschaft zukaufen, die für die österreichische Stromversorgung zuständig ist, und daß dieser Fremdstrom aus dem Zillertal kommt, sagt keiner. Daß wir im Winter Strom importieren müßten, machen sie den Leuten vor, daß wir im Winter auch exportieren, enthalten sie ihnen vor. (Am kältesten Tag im Jänner 1987 importierte Österreich 300 Megawatt und exportierte 1200 Megawatt.) Strom sei absolut saubere Energie, sagen sie, und meinen ihre Anwendung, nicht aber ihre Herstellung. Wenn sie sagen, Strom sei die einzige im Lande vorhandene Energie, muß man zumindest fragen, wer vor allem unsere Erdölquellen ausbeutet (Shell und Mobil Oil). Durch den Kraftwerksbau würden Arbeitsplätze geschaffen sagen sie, wo doch die Statistik beweist, daß im Durchschnitt beim Bau eines Kraftwerks mehr Menschen zugrunde gehen als dabei Dauerarbeitsplätze geschaffen werden.

Ja, und die Speicherseen schützten uns vor Hochwasser wollen sie uns glauben machen, und führen als Beweis Kaunertal und Paznauntal an, wo jedoch zur Zeit der Unwetterkatastrophen vom Sommer 1987 jeweils nur ein Bruchteil der Niederschlagsmengen vom Ötztal und vom Stubaital registriert worden ist. Inzwischen ist überdies die Ursache der Flutkatastrophe im Südtiroler Martelltal (vom 24. August 1987) bekannt geworden: „*Demnach sind (...) durch das Öffnen der Grundschleuse am Stausee (...) nicht 150 Kubikmeter in der Sekunde abgeflossen (was für das Bachbett der Plima auch schon zuviel wäre), sondern die katastrophale Menge von 350 Kubikmeter je Sekunde.*“ (»Dolomiten«, 12. Oktober 1987)

In jüngster Zeit muß, um die Lüge von der Notwendigkeit des Ausbaus der Wasserkraft anzubringen, auch das Transitproblem erhalten. „*Die von vielen Seiten geforderte Verlagerung des Schwerverkehrs von der Straße auf die Schiene wird nicht ohne einen Mehrverbrauch an elektrischer Energie möglich sein*“, schreibt die TIWAG in einer Presseaussendung. (»Neue Tiroler Zeitung«, 16. April 1987)

Die TIWAG will bauen. In ihrem Interesse, im Interesse der ausländischen E-Konzerne, denen sie verpflichtet ist, und im Interesse bundesdeutschen Finanzkapitals. Diese Interessen versucht sie mit handfesten Lügen und mit unverhohlenen Drohungen gegen die hier lebenden Menschen und deren Bedürfnisse durchzusetzen.

Was will die TIWAG bauen?

Am oberen Inn, im Gebiet von Ried, ein Laufkraftwerk. Ein Kraftwerk im Paznaun und eines am Starkenbach. Zwölf Innkraftwerke, sechs davon allein zwischen Stams und Zirl. An der Drau ein Laufkraftwerk bei Amlach. Ein Kraftwerk in Heinfels. Einen Jahresspeicher in Innervillgraten. Das Kraftwerk Dorfertal bei Kals. Mehrere Kraftwerke an der Isel. Vier Speicher und zwei Kraftwerke im Ötztal. Und einiges andere mehr.

Indes beschränken sich die Elektrizitätskonzerne nicht mehr auf das Geschäft mit dem Strom. Wie ihr großer Bruder RWE ist die TIWAG drauf und dran, sich auch die Trinkwasserversorgung unter den Nagel zu reißen. „*Kraftwerksspeicher in den Alpen*“, spekuliert sie, „*sind für die Zukunft möglicherweise beachtliche Reinwasserreserven*“ für die Großstädte. (»Die Presse«, 21. Oktober 1987)

Dafür hat die TIWAG die Gasversorgung Tirols schon unter Kontrolle. Die Tiroler Ferngasgesellschaft*) gehört ihr zu 51 Prozent und wird von ihr mit dem ehemaligen TIWAG-Chef Hermann Wagensonner auch angeführt. Was immer man in Zukunft aufdrehen wird, den Lichtschalter, den Wasserhahn oder den Gashahn, man wird der TIWAG nicht mehr entgehen können.*)

Wer das alles zahlt

Die TIWAG verkauft in Tirol Strom an 119.539 Einzelbezieher und an 21 lokale Elektrizitätsversorgungsunternehmen. 99,32 Prozent der Einzelbezieher sind Tarifikunden mit staatlich festgesetztem Strombezugspreis. Die restlichen 0,68 Prozent sind 849 sogenannte Sonderabnehmer (Industriebetriebe, Handelsbetriebe, Großhotels, Seilbahnen, Krankenhäuser, Schulen, ÖBB, Transalpine Ölleitung). Der

Strompreis, den diese Sonderabnehmer zahlen, beruht auf freien zivil-rechtlichen Verträgen mit der TIWAG und wird streng geheimgehalten (Die heutige Tarifordnung geht noch auf die nationalsozialistische »Tarifordnung für elektrische Energie zurück.)

Die 99,32 Prozent TIWAG-Tarifikunden (Haushalte, Gewerbebetriebe, Landwirtschaftliche Betriebe) beziehen in etwa gleich viel elektrische Energie von der TIWAG wie die 0,68 Prozent Sonderabnehmer. Die Kleinabnehmer bezahlen jedoch für ihre Hälfte weit mehr als doppelt so viel wie die Großabnehmer für die ihrige.

Wenn die TIWAG Tarifierhöhungen vornimmt (zuletzt 5,5 Prozent mit 1. April 1986), betreffen diese lediglich die Kleinabnehmer, deren Strompreis der ministerlichen Festsetzung unterliegt. Nun ist es aber die mit Billigstrom um die 65 Groschen je Kilowattstunde belieferte Industrie, die am lautesten über Stromkosten klagt und höhere Preise für Haushaltsstrom fordert. In einer Presseaussendung der Vereinigung österreichischer Industrieller vom 1. Juni 1984 heißt es gar: „*Die österreichische Industrie subventioniert mit hohen Strompreisen die österreichischen Haushalte.*“ In einer Aussendung vom 26. November 1984 lügt die Industriellen-Vereinigung einfach: „*Die Strompreise, die der österreichische produzierende Sektor gegenwärtig bezahlt, sind die höchsten Europas.*“ Die Verbundgesellschaft hat auf diese plumpen Verdrehungen klipp und klar festgestellt: „*Österreich hat einen der niedrigsten Industriestrompreise Europas.*“ (»Börsen-Kurier«, 25. April 1985) Und erst kürzlich, anlässlich einer angekündigten neuen Strompreiserhöhung, teilte die Verbundgesellschaft mit: „*Die Strompreise für die Industrie seien günstiger als im Ausland, im Haushaltbereich liege man »durchaus im europäischen Mittelfeld.*“ (»Tiroler Tageszeitung« vom 13. 10. 1987). (Bei Kohle und Gas klaffen die Preise für Industrie und Privatabnehmer übrigens ähnlich weit auseinander. So zahlen Haushalte für eine Tonne Koks im Durchschnitt das Doppelte von dem, was die Industrie zahlt. Der Gaspreis liegt für die Industrie bei weniger als zwei Dritteln des amtlich festgesetzten Haushaltstarifs.)

*) Den Geschäftsführer macht dieser Gesellschaft der Geschäftsführer der Industriellen-Vereinigung/Landesgruppe Tirol. Die Industrie (Swarovski, Eiberg-Zement, Nordpolwerk) ist nämlich der zweite Hauptmitbesitzer der Ferngasgesellschaft. Trotzdem die ÖMV aufgrund ihrer Verträge für die nächsten Jahre zuviel Gas von der UdSSR abnehmen muß, wird Tirol von den deutschen Gesellschaften Ruhrgas und Bayerngas beliefert werden. (Ein innerösterreichisches Gasnetz existiert genausowenig wie ein innerösterreichisches Schnellzug- oder Autobahnnetz.) Auch diese beiden Gaslieferanten aus der BRD haben zuviel Gas, bekommen demnächst zum Gas aus der Sowjetunion noch Gas aus der Nordsee dazu, und drängen auf Weiterbau ihrer Versorgungskanäle in Tirol. Die ÖMV darf (übers deutsche Netz) nur bei einem Ausfall einspringen! Die Pipeline von der bayerischen Grenze bis Innsbruck wird 500 Millionen Schilling kosten und auf Wunsch der Besitzer der Ferngasgesellschaft, der der Landesregierung natürlich Befehl ist, aus Steuergeldern, von uns, finanziert werden. Die öffentliche Hand muß finanzieren, den Pipeline-Betreibern die Leitung hinbauen, nur kassieren brauchen diese dann selber. Auch dies wieder ein Beispiel dafür, wie einer winzig kleinen Clique, einer handvoll Großverdienern, das aus hunderttausenden Tirolern herausgepreßte Geld, in den Hintern hineingesteckt wird. Der Herr Landeshauptmann »verkauft« uns diese Halbmilliardensubvention für die Sozialschmarotzer TIWAG, Swarovski usw. als Umweltschutz-Maßnahme. Dabei wird das angebotene Gas nicht nur Öl, sondern auch Strom aus Wasserkraft ersetzen. Von der Auslandsabhängigkeit, die er sonst so gern im Munde führt und die er damit weiter erhöhen wird, sagt er nix. Die TIWAG hat mit dem Einstieg ins Gasgeschäft einen großen Schritt in Richtung Energieversorgungs- und damit auch in Richtung Energiepreismonopol getan. Ob man seine Suppe auf einem Gasherd oder auf einem elektrischen kochen wird, die TIWAG wird keines von beiden billiger sein lassen! Der kleine Verbraucher muß ja die günstigen Großabnehmerpreise möglich machen. Der Geschäftsführer der Ferngasgesellschaft, Dr. Dieter Bachmann, hat uns, die wir wissen, wie es hier sein wird, weil wir wissen, wie es überall ist, schon bestätigt: „*Es wird teures Spitzengas und billigere Bandabnahme geben.*“ (»Kurier«, 29. März 1987)

Wer das alles nicht zahlt

Der Kleinabnehmer in Österreich zahlt nicht nur einen etwa doppelt so hohen Preis für die gelieferte Kilowattstunde (derzeit durchschnittlich ca. 1,60 öS inkl. MWSt.) wie die Industrie, sondern er zahlt auch einen im Vergleich viel höheren Grundpreis, was den Kostenunterschied weiter vergrößert. Und während der Haushaltskunde mit der gesamten Mehrwertsteuer von 20 Prozent belastet wird, gibt die Industrie diese Steuern an ihre Kunden weiter. Die steirische Arbeiterkammer hat zu den gezielten Fehlinformationen der Unternehmerschaft einmal angemerkt, „*daß die Gewerbe- und Industriebetriebe ohnehin schon immer ihre Stromkosten einschließlich der Grundpreise auf die Endprodukte überwälzt hätten.*“ (»Neue Zeit«, 20. Februar 1985)

So kann denn die Tiroler Landesregierung in deutschen Magazinen mit niederen Industriestrompreisen um Betriebsansiedlungen in Tirol werben, wie sie - nebenbei gesagt - auch frech mit den unser Leben so belastenden Transitrouten wirbt.

Warum das so ist? Z.B. deswegen, weil einer der drei Direktoren der Tiroler Landeselektrizitätsgesellschaft, Helmuth Mayr, Vorstandsmitglied der Vereinigung österreichischer Industrieller ist, z.B. deswegen, weil im Aufsichtsrat der TIWAG der langjährige Landespräsident der Vereinigung österreichischer Industrieller sitzt. Zu alledem soll dem Aufsichtsrat der Verbundgesellschaft lt. »profil« vom 27. Oktober 1987 in Bälde der Generalsekretär der Vereinigung österreichischer Industrieller, Herbert Krejci, als Präsident vorstehen.

Wer hier wen subventioniert ist schon klar. Und woher die Profite der E- Wirtschaft kommen auch.

Zusätzliche fette Extragewinne verschaffen sich die (durch die Gesetze, die sie sich machen lassen, kaum kontrollierbaren) heimischen E-Gesellschaften durch wütestes Bilanzenfrisieren. So hat der Rechnungshof aufgedeckt, daß die Salzburger Stadtwerke aufgrund buchstäblich erfundener Posten in ihrer Bilanz (Erträge scheinen als Ausgaben auf) von ihren Kunden „*um 26 Prozent zuviel (!) verlangen*“ (»Kurier«, 18. November 1986). „*Geht's im Rest von Österreich vielleicht genauso zu? Leider spricht vieles für diese Befürchtung!*“, schreibt der »Kurier«. Auf der anderen Seite steigt die Zahl jener Menschen, die sich diesen Wucher der Stromherren nicht mehr leisten können und mit der Bezahlung ihrer Stromrechnungen in Rückstand geraten. Allein in Wien waren im März 1986 selbst nach Aussage der ÖVP-Stadträtin Maria Hampel- Fuchs „*22.000 Gas- und Stromrechnungen offen*“. (»Die Presse«, 11. November 1987)

Wie alles eingerichtet ist

Unsere gegenwärtige Gesellschaftsordnung ist von der Art, daß eine Minderheit von Menschen im Besitze der Mehrheit des gesellschaftlichen Vermögens ist und damit gegen die Mehrheit der Bevölkerung herrscht und auf deren Kosten ihre Reichtümer ausbaut.

Wir kleinen Strombezieher, Du und ich, hunderttausende Tiroler und Millionen Österreicher, zahlen den Verlustbetrag von jeder im Ausland verschleuderten Kilowattstunde. Du und ich, wir alle, zahlen die Differenz auf die wirklichen Kosten jeder Kilowattstunde, die aufgrund von Bezugs-rechten an eine EVU in Deutschland

fließt. Wir zahlen durch die von uns verlangten Strompreise die Milliardenzinsen an ausländische Bankhäuser.

Du und ich, wir zahlen die Differenzbeträge von Industriestrompreis und wirklichen Gestehungskosten je Kilowattstunde. Wir bezahlen die Werbung der E-Wirtschaft, die gegen uns betrieben wird. Wir bezahlen die räuberische Politik der E-Gesellschaften mit dem Verlust von Grund und Boden und der Trockenlegung ganzer Landstriche. Wir kleinen Strombezieher zahlen die fetten Zwischenhandelsgewinne der lokalen Verteiler (Stadtwerke etc.), die Millionengehälter der Vorstands-Direktoren und die Sonderprämien für alle 2000 TIWAG-Bediensteten in der Höhe eines Monatslohnes immer dann, wenn irgendwo ein neues Kraftwerk in Betrieb geht. Du und ich, wir alle, wir zahlen die geplanten Speicher, die geplanten Kraftwerke, die geplanten Umspannwerke und die geplanten Hochspannungsleitungen.

Lassen sich das die Tiroler gefallen?

Überall, wo die TIWAG bauen will, stellt sich ihr die überfallene Bevölkerung zum Widerstand entgegen, vom obersten Oberen Gericht bis zum untersten Unterland, vom Paznauntal bis zum Villgratental. Da nützen auch Korrumpierungsversuche wie Ausflugsfahrten für ganze Gemeindebevölkerungen nix. Die Osttiroler Kraftwerks-Gesellschaft (OKG), die zu 51 Prozent der Verbundgesellschaft und zu 49 Prozent der TIWAG gehört, hatte für den Tag *vor* der Volksabstimmung in Kals (20. September 1987), in der die Bevölkerung den Betreibern des Dorfertal-Kraftwerks dann eine eindeutige Absage erteilte, alle Gemeindebürger von Kals, Matri, Virgen, Prägraten und St. Jakob zu einer Fahrt ins Zillertal - „für Reise und Verpflegung sorgt die OKG“ - eingeladen. Heute müssen die Tiroler ihre Heimat gegen die Räuber im eigenen Land verteidigen. An ihrer festen Entschlossenheit dazu wird auch die Bestechung ganzer Gemeindeparlamente nix ändern. Die OKG schmiert die Gemeinderäte der vom Bau des Dorfertal-Kraftwerks betroffenen Gemeinden Kals, Matri, Virgen und Prägraten mit je 150.000 Schilling. Darüber hinaus bittet die OKG die Gemeindevertreter, ihr mitteilen zu wollen, wieviel es denn in Zukunft sein soll, wörtlich: „für künftige Verhandlungen pauschale Stundensätze zu nennen, die Sie für die unverzichtbare Zusammenarbeit mit der Gemeinde für angemessen halten“ (zitiert nach der »Tiroler Tageszeitung« vom 31.10.1987). Diese Gelder, mit denen sich die E-Lobby die örtlichen Entscheidungsträger gefügig zu machen gedenkt, sind die direkte Antwort dieser Bande auf die demokratische Entscheidung der Kalserinnen und Kalser. Das sind die Argumente, die sie haben.

Darüber, wie in Tirol gegen Tirol regiert wird

Die TIWAG, auf dem Papier den Interessen der Tiroler Bevölkerung verpflichtet, ist in Wahrheit gegen die grundlegendsten Bedürfnisse der Menschen in diesem Land gerichtet. Der Aufsichtsratspräsident der TIWAG, der immer gleichzeitig auch als Landeshauptmann im TIWAG-Land eingesetzt ist, vertritt mit aller Macht die Politik der auf Zeichen aus dem Ausland handelnden heimischen Strommänner. Den seit Generationen da lebenden Menschen soll ihr Land, Almen, Weiden, touristisches Gebiet, abgejagt werden. Die Kalser freilich haben dem Oberjäger im Innsbrucker Landhaus telegraphiert: „Das Dorfertal kann, wenn überhaupt, nur mit dem Einverständnis der betroffenen Kalser Bevölkerung und nicht mit dem überheblichen Selbstverständnis der neuen Landhauspolitik im Innsbrucker Landhaus verbaut werden!“ (zitiert nach »präsent«, 2. April 1987)

(Bild 3)

Bestechend deutlich: Schreiben der OKG an die Osttiroler Kraftwerksgemeinden (Wiedergabe aus »Tirol-Kurier«, 31. Oktober 1987)

„Das Dorfertal ist nicht käuflich“, hat auch der stellvertretende Ortsbauern-Obmann von Kals den vorgeschickten Landeshauptmann wissen lassen. Und eine Bäuerin aus Matrei sagte zur beabsichtigten Landnahme: „Ös redet über unser Land wie über a Kuh, die zu verkafen isch.“ (»präsent«, 2. April 1987). Die Bauern im hinteren Villgratental sollten von der TIWAG, die dort ein Speicherkraftwerk bauen möchte, auf ganz plumpe Art überrumpelt werden. Ein deutscher Sommergast, der beim Agrargemeinschaftsobmann abgestiegen war, entpuppte sich „als Verbindungsmann der TIWAG. Er holte am Ende der Sommerfrische die Unterschriften der Grundbesitzer für Probebohrungen ein ...“ (»Tiroler Tageszeitung« vom 10. April 1987)

Die Bauern von Innervillgraten zogen, nachdem sie die Irreführung bemerkt hatten, die Genehmigung für die Probebohrungen wieder zurück und gründeten ein Aktionskomitee.

Im Paznaun hat sich eine Initiativgruppe gegen das TIWAG-Projekt im Unterpaznaun gebildet, die schon angekündigt hat, es würden „die Politiker bei der kommenden Wahl aufwachen...“ (Landecker »Gemeindeblatt«, 7. August 1987). Im Lechtal, wo die stark mit der TIWAG verhaberten Elektrizitätswerke Reutte (EWR), die vor allem das angrenzende Allgäu mit Strom aus Tirol beliefern, neue Ab-, Um-, Über- und Zuleitungen von Gebirgsbächen planen, ist ein Arbeitskreis entstanden, der sich dagegen wehrt, daß der Lebensraum Lechtal „zugunsten auswärtiger wirtschaftlicher Interessen ausgebeutet werden“ soll. (Aussendung, November 1987) Der Tauernkraftwerke AG (TKW), die sich im Zillertal auf Kosten der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs schon in einem Maße bedient hat wie keine E-Gesellschaft irgendwo sonst, sich jetzt aber auch noch des Märzenbaches im Gemeindegebiet von Stumm bemächtigen will, stellt sich die Bevölkerung von Stumm in den Weg. „Das letzte Hochtal des Zillertales wird um ein paar Silberlinge verscherbelt“, fürchten Gemeindebürger, daß es den TKW gelingen könnte, durch Sonderentgelte die Gemeinderäte gefügig zu machen.

Davon, wie ein Bauindustrieller in der Wut etwas Richtiges gesagt hat

Diesen Menschen, die ihre Rechte und ihre Heimat gegen die Angriffe des Kapitals verteidigen, wird - von dem ihre Rechte und ihre Heimat angreifenden und das Kapital verteidigenden Landeshauptmann höchstpersönlich - vorgemacht, sie handelten zum Schaden des ganzen Landes. Das Gegenteil ist der Fall. Überall, wo dem Ausverkauf unseres Landes Widerstand entgegengesetzt wird, geschieht dies zum Wohle aller anderen ausgeplünderten Regionen und der dort lebenden Menschen. Wessen Interessen hier vertreten werden, zeigten auch die Attacken des Wiener Bauindustriellen Alexander Maculan anlässlich der feierlichen Inbetriebnahme des Kraftwerks Zillergründl, wo er in seiner Festrede einzig im Interesse noch höherer Profite für sein Unternehmen gegen die sich um ihren Lebensraum wehrenden Zillertaler vom Leder zog. Auf die Volksabstimmung in Kals anspielend rief er, die Gewinne der Baubranche und ihrer Banken mit dem Wohl aller Tirolerinnen und Tiroler gleichsetzend, aus: „Interessen eines Landes gehen vor Interessen einiger weniger!“ (»Tiroler Tageszeitung«, 26. September 1987) Das ist auch unsere

Meinung und die Meinung derer, die den Kampf gegen eine gigantische 380 Kilovolt-Überlandleitung quer durch unser Land aufgenommen haben.

Von der Rolle, die Österreich jetzt spielen soll

War früher Österreich für die europäischen Industriestaaten als Wirtschaftspartner von Bedeutung, so ist es aufgrund der jahrzehntelang betriebenen Politik der Unterwerfung zum europäischen Transitland für Industrie- und Konsumgüter herunterregiert worden.

Dieses Österreich wird zunehmend auch ein Transitland für Strom, indem es durchs gesamte Bundesgebiet hindurch von seiner Ostgrenze bis zu seiner Westgrenze Strom aus Osteuropa nach Westeuropa und von seiner Westgrenze bis zu seiner Ostgrenze Strom aus Westeuropa nach Osteuropa transportiert. Der Bau der größten Gleichstrom-Kurzkupplung Europas in Dürnröhr, an dem sich Polen und die Schweiz beteiligt haben, dient diesem Zweck. „*Sie eröffnet Österreich die Chance, zur mitteleuropäischen Stromdrehscheibe zwischen West und Ost zu werden.*“ (Verbund-Generaldirektor W. Fremuth in »Die Presse« vom 4. September 1985) In Wahrheit hat Österreich im europäischen Verbund *zu funktionieren*, wo ihm nach Jahren als Lieferland von Billigstrom jetzt die Rolle des Transitlandes zwischen den Energie-Giganten im Westen und im Osten des Kontinents zugewiesen ist. Um dieser Rolle gerecht werden zu können, baut die Verbundgesellschaft ein zweisystemiges 380-Kilovolt-Transportsystem von der tschechischen Grenze bis zur schweizerischen und italienischen bei Nauders. Die Bundesrepublik hat diesen finanziellen Einsatz, diese Konkurrenz zur eigenen Energieproduktion, diese ungeheure Belastung für Mensch und Natur abgelehnt. Diese Hochspannungsleitung auf bis zu 90 Meter hohen Masten soll Tirol auf der Gerlosplatte erreichen, das Zillertal bei Uderns durchqueren, über Weerberg ins Inntal gelangen und dort bis zum Umspannwerk Westtirol in Haiming führen.

Von der untertänigsten Hingabe an diese Rolle

Die Fortsetzung bis zum Reschen wurde bereits vor Jahren, einem Vertrag mit der staatlichen italienischen und mit der größten schweizerischen Elektrizitäts-Gesellschaft entsprechend, errichtet. Diese 60 km lange 380 kV-Leitung Haiming - Reschen, die von der Verbundgesellschaft mit einem Aufwand von über 500 Millionen Schilling ins schönste Oberland geklotzt wurde, wartet heute noch auf ihr italienisches und ihr schweizerisches Anschlußstück (14 km) jenseits der Grenze. Wie in vielerlei Hinsicht auf dem Gebiete des Transitverkehrs hat Österreich auch hier in vorausseilendem Gehorsam eine Vorleistung gegenüber dem Ausland erbracht und flugs dessen Interessen gegen die einheimische Bevölkerung durchgesetzt. Österreich wird auch, auf Wunsch des Ostblocks weitere Gleichstromkupplungen errichten und wird früher oder später auch dem Begehren der UdSSR nach einer 500 Kilovolt-Leitung nachkommen. (Aus der zunehmenden Verbandelung der österreichischen E-Wirtschaft mit der russischen erklärt sich auch die klägliche Reaktion Österreichs auf die Atomkraftwerkskatastrophe von Tschernobyl. Ja, die österreichische Regierung hat der UdSSR nach dem Gau in der Ukraine sogar die Hofburg zu Wien als Bühne für ihr Verharmlosungsspektakel zur Verfügung gestellt! - Die immer stärkere Auslieferung Österreichs auch an die Interessen der Ostblockländer ist nicht zuletzt eine Folge der Politik der Großbanken unseres Landes. Sie hussen, um mit dem in

Osterreich abgeschöpften Geld in Budapest, Warschau und Moskau ihre Profite machen zu können, immer mehr Betriebe, vor allem staatliche, in ertragslose Kompensationsgeschäfte mit den staatskapitalistischen Ländern.)

Die Leitungsverluste betragen heute etwa acht Prozent der transportierten Energie. Je länger solche Leitungen sind, je entfernter Produzent und Verbraucher einander sind, desto mehr Energie geht auf dem Weg verloren. Die TIWAG weist für ihr Netz 1986 einen Energie-Verlust von 195,5 kWh aus, was ungefähr soviel ist, wie das Achensee-Kraftwerk im Jahr zu erzeugen vermag. Diese riesigen Ausfälle mögen angesichts des gewaltigen Strom-Überschusses in Europa in Kauf genommen werden, ermöglichen doch die transeuropäischen Hochspannungsleitungen den Elektrizitätsgiganten, an jedem Ort in Europa und zu jeder Zeit mit ihrer Ware lieferbereit zu sein.

Von diesen Mengenverlusten und von den extremen Kosten her gesehen sind Leitungen wie die durch Tirol geplante, in unseren Köpfen gedacht, reiner Wahnsinn. „Heute verschlingt der Bau des Höchstspannungsnetzes, mit dem die Leistung eines neuen Kraftwerks abgeführt wird, etwa ebensoviel, wie investiert werden muß, um ein Großkraftwerk zu errichten.“ (Nikolaus Eckhardt, »Die Stromdiktatur«, Hamburg, 1985)

Die Gewinne, die die österreichische Verbundgesellschaft aus der Durchleitung von Strom aus dem Ausland ins Ausland zieht, sind gemessen an den dadurch bei uns angerichteten Schäden nicht der Rede wert. Wälder müssen geschlagen werden, landwirtschaftliche Flächen werden vernichtet, Bau- und Siedlungsräume beschnitten. Immer mehr Wissenschaftler sprechen inzwischen davon, daß Stromleitungen auch am Waldsterben eine Mitschuld tragen.

Hochspannungsleitungen sind Ozonfabriken und Ozon schädigt Nadeln und Blätter. (»Kurier«, 12. November 1986) Die elektromagnetischen Wellen in der Umgebung der großen Stromstraßen haben daneben auch ungünstigen Einfluß auf die Gesundheit der Menschen. (»Observer«, 16/1987) Die Tiroler, die sich zur Verhinderung der 380 kV-Leitung entschlossen haben, haben jede Menge bester Gründe für ihren Kampf. Ihre Gegner nur einen.

Die Leute wollen nicht mehr tanzen, wie ihnen gepfiffen wird

Die Leitungsmasten, die sie quer durchs ganze Bundesland aufstellen wollen, sollen vier 380 kV-Leitungssysteme und zwei 220 kV-Systeme mit jeweils drei Leitungsdrähten, insgesamt 19 Kabel, aufnehmen. Der Tiroler Abschnitt dieser Transitschiene soll auch die Exportkraftwerke im Zillertal und Sellrain-Silz miteinander verbinden und auf unsere Kosten die Versorgungssicherheit der Bayernwerke AG und der Energieversorgung Schwaben erhöhen.

Um diesen Interessen vollends entsprechen zu können, soll im vorderen Zillertal auch noch auf 80.000 Quadratmeter (»profil«, 19. Oktober 1987) Kulturgrund das größte Umspannwerk Westösterreichs hinge knallt werden. Die Zillertaler werden diesen Diebstahl an ihrem knappen Lebensraum zu vereiteln wissen.

Den Größen von der E- Wirtschaft und ihren politischen Vertretern, Bundespräsident, Bundeskanzler und Landeshauptmann, wurde anläßlich der Inbetriebnahme des Kraftwerks Zillergründl von den Einheimischen unmißverständlich klar gemacht, daß sie ihr Spiel durchschauen. Die Texte auf den über die Straßen gespannten Transparenten zeugten von Witz, politischem Bewußtsein und Kampfesmut: „Lieber Gott! Schütz unser Land vor dem gesamten E-Verband!“, „Verbundgesellschaft –

TKW, halten uns total am Schmäh!“, „*Zillertaler an die Wand, der E-Wirtschaft gehört das Land!*“ und „*Gott vergib ihnen nicht, denn sie wissen, was sie tun!*“

Wie es sich da mit der Sicherheit verhält

Die elektrische Energie, die jetzt zusätzlich noch aus den rinnenden Gewässern herausgeschlagen werden soll, würde, im Gegensatz zur Propaganda, daß sie uns vom Ausland unabhängiger machen würde, uns noch mehr in dessen Abhängigkeit hineintreiben. Die über den heute schon erzeugten Stromüberschuß hinaus erzeugten Megawattstunden müßten erst wieder auf dem internationalen Strommarkt losgeschlagen werden und würden uns noch exportabhängiger, und das heißt auslandsabhängiger machen. Unsere Versorgungssicherheit würde dabei, ganz im Gegenteil zu dem, was uns unablässig vorgesagt wird, nicht gerade steigen.

Wie weit es mit der Versorgungssicherheit in Tirol dank der enormen Auslandsverflechtung der TIWAG her ist, hat der 13. Oktober 1986 gezeigt. Infolge eines Anschlages auf einen Leitungsmasten bei Tutzing am Starnberger See „gingen in den Bezirken Kufstein, Kitzbühel, Schwaz und in der Landeshauptstadt die Lichter aus. (...) Aufgrund des gerade herrschenden Stromflusses auf der Leitung in Richtung Tirol war nicht Oberbayern sondern Tirol von den Ausfällen betroffen.“ (»Tiroler Tageszeitung«, 15. Oktober 1986). Obwohl bei uns kein Masten angeknackst, kein Meter Stromkabel beschädigt war, blieben Teile des betroffenen Gebietes bis zu einer Stunde ohne Strom. Das Kraftwerk Sellrain-Silz, dessen Produktion zur Gänze nach Deutschland geht, durfte *für uns* nicht angeworfen werden.

(Bild 4)

Halb Tirol war am 13. Oktober 1986 ohne Strom, nachdem in der Gegend von Tutzing in Bayern ein Starkstrommasten umgesägt worden war.

(Foto: »Süddeutsche Zeitung«, 15. April 1987)

Wie auf dem Gebiet des Transitverkehrs vollziehen die österreichischen Politiker auch in Fragen der elektrischen Energie gehorsamst, was die mächtige EG von ihnen verlangt. Partl, der die Belastung der Tiroler durch den Transitverkehr nicht abbauen will, weil die dazu erforderlichen Maßnahmen die in Brüssel diktierenden Konzerne vergrämen könnten, Partl erklärt unser Wohlverhalten auch im europäischen Energieverbund mit der Annäherung an die EG, zu der uns, das sagt er nicht, die großen österreichischen Unternehmen und vor allem die großen ausländischen Unternehmen in Österreich drängen. „*Österreich steht vor der großen Herausforderung der Europäischen Gemeinschaft. Die Energiepolitik ist ein wichtiger Schlüssel zur Bewältigung dieser Herausforderung.*“ (in: »Die Presse«, 21. Oktober 1987)

Zu der Abhängigkeit von Exportmöglichkeiten für unseren Strom und der Abhängigkeit vom ausländischen Investitionskapital tritt die drohende Abhängigkeit Österreichs von der BRD im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung. Die großen deutschen Energiekonzerne wollen nicht bloß billigen Spitzenstrom aus Österreich importieren und haben sich daher vorsorglich durch finanzielle Beteiligung an den Kraftwerken ein Mitspracherecht gesichert. Im Krisenfall laufen „unsere“ Kraftwerke auf Hochtouren für die BRD und den Tauschstrom, der hereinfließen soll, kann man sich aufmalen.

Da braucht es nicht zu verwundern, daß 1979 in einem internen Papier der ARGE Alp, die bekanntlich von Bayern beherrscht wird, den Kraftwerken in den Alpen (also jenen in Tirol und Vorarlberg) hervorragende Bedeutung für den Krisenfall zugesprochen wird.

Wie wir auch ganz ohne NATO-Mitgliedschaft in den nächsten Krieg hineingezogen werden

Die Abmachungen der heimischen Stromgesellschaften mit den deutschen Energie-Giganten sind streng geheim, aber man muß leider annehmen, daß im Falle eines Konflikts, an dem die Bundesrepublik Deutschland beteiligt ist, die Einbeziehung der westösterreichischen Stromproduzenten in deren Kriegsmaschinerie eine Tatsache ist. Da die Öl-Zufuhr in dieser Situation mit Sicherheit abgeschnitten sein wird, ist das strategische Gut Strom von umso größerer Bedeutung. An den Netzen der RWE und der Bayernwerk AG hängen die führenden Betriebe der deutschen Rüstungsindustrie (MBB, Dornier, Krauss-Maffei, MfU u.a. allein am Netz der BAG!), was das liefernde Österreich automatisch zum Angriffsziel der anderen Kriegspartei macht. Man braucht nicht gleich wie der »Kurier« an die Sprengung unserer Speicher zu denken, eine Befürchtung, die der Herr Betriebsdirektor der TIWAG mit einem Satz abtut: *„Den Kaunertal-Staudamm zu sprengen ist unmöglich.“* (»Kurier«, 7. März 1987) Die Zerstörung eines Knotenpunktes, wie das Umspannwerk Westtirol einer ist, wäre allemal ein lohnender Schlag gegen die deutsche Industrie. Als der Chefindgenieur der RWE im Jahre 1945 von den Amerikanern verhört wurde, bekannte er: *„Der Krieg wäre schon zwei Jahre früher zu Ende gewesen, wenn die Alliierten sich auf die Bombardierung unserer Elektrizitätswerke früher konzentriert hätten. Ohne unsere öffentliche Stromversorgung hätten wir unsere Fabriken nicht mehr betreiben und auch kein Kriegsmaterial mehr herstellen können.“* Das Krafthaus in Silz ist nicht ohne Grund besser getarnt als jede Kaserne dieses Landes.

Wie sehr die Energieerzeugung von strategischen Überlegungen bestimmt ist, zeigt ein kurzer Blick auf ihre rechtlichen Grundlagen. In Tirol war bis 1982 das von seinem Schöpfer Hjalmar Schacht *„Gesetz zur Wehrhaftmachung der deutschen Energieversorgung“* genannte »Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft« in Kraft, das Adolf Hitler 1935 unterschrieben hatte. In zwei österreichischen Bundesländern und der Bundesrepublik Deutschland gilt es heute noch! Und jenes Gesetz, mit dessen Hilfe Kraftwerksprojekte noch heute zum bevorzugten Wasserbau erklärt werden können, ist ein kriegswirtschaftliches Ermächtigungsgesetz aus der Monarchie (1914 und 1938 novelliert) und hätte wie so manches, auf das sich die Führer der E-Wirtschaft stützen, in einer Demokratie nichts zu suchen.

Leitungen, die Strom über weite Entfernungen transportieren, sind von netz-unabhängigen Richtfunksystemen begleitet. Das ist auf der ganzen Welt so. Den Strängen aber, die die elektrische Energie von Tirol nach Deutschland abschleppen, ist auf manchen Strecken ein Fernmeldenetz beigegeben, das nicht nur der Regelung des Stromflusses dient. Auf der Haiminger Alm zum Beispiel, östlich des Tschirgant, steht ein dafür viel zu groß und viel zu gut bestückter Sendemasten. Es besteht der dringende und mehrfach geäußerte Verdacht, daß die TIWAG hier Anlagen in Betrieb hält, die die nachrichtendienstlichen Tätigkeiten der NATO in unserem Land und über unser Land hinweg unterstützen. Von diesem Punkt aus ist Westtirol elektronisch zu

kontrollieren, können empfangene Radarimpulse verstärkt und an die militärischen Anlagen der NATO z.B. auf der Zugspitze weitergegeben werden. Im bayrischen Grenzland sind unter anderem die US-Fernmeldetruppe 6915. Electronic Switching System, die US-Aufklärungstruppe National Security Agency Signal Intelligence, die US-Fernmeldetruppe Satellite Communication Terminal und die 66. Army Intelligence Group der USA stationiert.

Dieser rotweißrot angestrichene, also österreichisch getarnte Sendemasten ist ein Symbol dafür, wie weit der Anschluß unserer Heimat an das Ausland schon wieder vollzogen ist. Die Leidtragenden dieser Politik werden auch in einem drohenden Kriege wir sein, die wir es auch schon in diesem Frieden sind.

Man muß immer wieder ein Beispiel zur Hand nehmen: Österreich ist beispielsweise eine Stromkolonie, so wie Österreich beispielsweise eine Transitkolonie ist. Der Krieg der E-Wirtschaft gegen die seit Generationen hier lebenden Menschen hat, wenn man zu den wirklichen Gründen vordringt, dieselben Ursachen wie die Zerstörung unseres - unseres! - Landes durch den Transitverkehr, dieselben Ursachen wie die Austilgung der österreichischen Grundstoffindustrie, dieselben wie die Aushungerung unserer Bergbauern.

Wer den Kampf gegen den Transitverkehr entsprechend dessen Ursachen kämpft, und nicht nur gegen das Sterben der Bäume, wird auch jene treffen, die die Gewaltpolitik der E- Wirtschaft durchsetzen, wie der, der den Kampf gegen die Ursachen dieser Strompolitik kämpft, und nicht bloß den gegen die Verschandelung einer Landschaft durch Leitungsmasten, auch die treffen wird, die hier ausländische Verkehrspolitik exekutieren.

(Bild 5)

Ernst G. hat auf einer seiner vielen Wanderungen im Imster Raum einmal beobachtet, wie sich ein NATO-Techniker an der »TIWAG-Funkanlage« auf der Haiminger Alm (Bild) zu schaffen machte. *„Es handelte sich nicht um einen uniformierten Soldaten, sondern um eine Person in Zivilkleidung, die mit einem Auto unterwegs war, welches ein amerikanisches Kennzeichen trug.“* Als Herr G. den Verdächtigen fragt, was er da mache, wird er von diesem im Befehlston zum Weitergehen angehalten. *„Ich habe dabei selbstverständlich nicht fotografiert, weil ich jede Art von Konfrontation vermeiden wollte.“* Ist die NATO direkt oder über eine Zwischenstelle (z. B. die Fa. Siemens) an diesem Horchposten beteiligt?

Unser Gegner sitzt nicht irgendwo im sicheren Ausland. Sondern hier, im Landhaus, höchst unsicher.

Die Osttiroler werden in ihrem Widerstand gegen den Einfall der TIWAG und der Verbundgesellschaft von keinem Land, keinem Landeshauptmann und von keiner Landesregierung vertreten. Die Zillertaler werden im Kampf gegen die Ausplünderung ihres Tales durch Verbundgesellschaft und TKW von keinem Landeshauptmann und von keiner Landesregierung vertreten. Die Ebbser werden gegen der E-Wirtschaft auf ihren Lebensraum von keinem Landeshauptmann und von keiner Landesregierung vertreten und auch die Obergriechler nicht. Die Paznauner, die sich gegen die Anschläge der TIWAG wehren, haben genausowenig einen Landeshauptmann oder eine Landesregierung hinter sich wie die Villgrater. Die Politik, die gemacht wird, ist indes nicht die eines Landeshauptmannes oder von ein paar Herren der Landesregierung oder der Bundesregierung, sondern die von Landesräten und Ministern vollzogene Politik einer kleinen inländischen und kleinen

ausländischen Oberschicht gegen die breite Masse der Tirolerinnen und Tiroler; gegen die breite Masse der Österreicherinnen und Österreicher. Politik nämlich ist immer, unabhängig davon, ob sie fortschrittlich oder reaktionär ist, der Kampf einer gesellschaftlichen Klasse gegen eine andere.

Die Kreise der hinter der Plünderung unseres Landes Stehenden, der wirklich Mächtigen, können wir jedoch am wirksamsten stören, wenn wir hier diejenigen angreifen, die ihnen in die Hände spielen. Wir müssen „unsere“ Regierung entlarven, „unsere“ Minister bloßstellen, „unsere“ Profiteure ans Licht bringen und den Opportunisten unseres Landes die Maske vom Gesicht reißen.

Wir sind in der Überzahl! *Wir* sind die Mehrern! Die Tatsachen geben *uns* recht. Was sollte uns fehlen.

Wir wollen keiner Partei mehr anhängen! Unsere Macht nicht mehr hergeben!
Niemandem!

Der Preis, dies zu ändern, sinkt, sobald die Nachfrage steigt. Und die Nachfrage steigt Tag für Tag.